



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 11
Dienstag, 5. September 2017
18:01 - 20:36 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 07.11.2017

Vorsitz:	Stefan Marti	SP
Protokoll:	Veronika Michel Gabriele Behring	Protokollführerin Ratssekretärin
Stimmzähler:	Martin Egger Angela Penkov Dr. Cornelia Stamm Hurter	FDP AL SVP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 32 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Ganze Sitzung:	Stefan Oetterli Fabian Schug Ernst Yak Sulzberger	SVP AL GLP
Schluss der Sitzung:	Beat Brunner Urs Tanner	EDU SP

TRAKTANDEN

- | | | |
|---|--|----------|
| 1 | Postulat Nicole Herren vom 21. Februar 2017:
Herrenacker - wie weiter? | Seite 5 |
| 2 | Postulat Manuela Bühler vom 6. Dezember 2016:
SKOS-Richtlinien einhalten bei der Sozialhilfe | Seite 11 |
| 3 | Postulat Urs Tanner vom 21. März 2017:
Umstellung auf Elektrofahrzeuge ab 2020:
Bei Neuanschaffungen von Personenwagen und
Bussen im Besitz der Stadt Schaffhausen dürfen ab
2020 nur noch elektrobetriebene Fahrzeuge gekauft
werden | Seite 20 |
| 4 | Postulat Urs Tanner vom 21. März 2017:
Förderung der Elektromobilität, Bereitstellung von
Gratisparkplätzen für Elektropersonenwagen,
Erstellung von Ladestellen, allgemeine Förderung von
Elektropersonenwagen und Elektrofahrrädern | Seite 25 |
| 5 | Interpellation Walter Hotz vom 22. März 2017:
Integration der Stadtplanung zum Hochbau | Seite 31 |

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

01.12.2015	VdSR Verordnung über das Öffentlichkeitsprinzip der Stadt Schaffhausen	SPK
17.05.2016	Vorlage des Büros vom 17. Mai 2016: Einsetzung einer Spezialkommission „Teilrevision der Geschäftsordnung“ (Umsetzung der Verfahrenspostulate Stefan Marti, „Optimierung des Ratsbetriebs nach der Auswertung fünf Jahre verkleinertes Parlament“ und Urs Tanner, „Ganzes Sitzungsgeld für ganze Sitzung!“)	SPK
21.02.2017	Motion Martin Egger (FDP): Kommissionsentschädigungen und Sitzungsgelder – das letzte Wort hat das Volk!	
23.05.2017	Postulat Marco Planas (SP): Integrationsangebote für Personen aus dem Asylbereich	
06.06.2017	Postulat Diego Faccani (FDP): Fachkompetenz vor Ideologie	
20.06.2017	Postulat Till Hardmeier (JFSH): Eine Digitalisierungsstrategie für die Stadt Schaffhausen	
20.06.2017	Postulat Christoph Schlatter (SP): Einführung eines neuen Parkierungskonzepts für die Quartiere der Stadt Schaffhausen	
27.06.2017	VdSR Zusammenführung der VBSh und der RVSh (VBSh und RVSh – ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen)	SPK
04.07.2017	Postulat Iren Eichenberger (ÖBS): Der Bus, taktvoll alle 10 Minuten von morgen früh bis 20.00 Uhr	
05.09.2017	Postulat Georg Merz (ÖBS): Postulat für eine bessere Begehrbarkeit der Fussgängerzone für Menschen mit Einschränkungen	
05.05.2017	Postulat Christian Ulmer (SP): Autofreie Pausenplätze	

KLEINE ANFRAGEN 2017

- Kleine Anfrage Nicole Herren vom 4. Juli 2017: Jahres- und Verwaltungsbericht des Stadtrates – in dieser Form noch zeitgemäss?
- Kleine Anfrage Urs Tanner vom 1. Juni 2017: Mietzinssenkungen bei städtischen Wohnungen weitergeben
- Kleine Anfrage Walter Hotz vom 22. Mai 2017: Kommunikation zwischen dem Stadtrat, dem Regierungsrat, den National- und Ständeräten und der Städtischen Museumskommission

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Postulat Nicole Herren vom 21. Februar 2017: Herrenacker – wie weiter?

Das Postulat wurde an der Ratssitzung Nr. 10 vom 22. August 2017 von Nicole Herren (FDP) begründet, von SR Dr. Katrin Bernath beantwortet und an der Ratssitzung Nr. 11 vom 5. September 2017 im Rat diskutiert.

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 18:12 Stimmen überwiesen.

Traktandum 2 Postulat Manuela Bühler vom 6. Dezember 2016: SKOS-Richtlinien einhalten bei der Sozialhilfe

Das Postulat wird von Bea Will (AL) begründet, von SR Simon Stocker beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 19:13 Stimmen nicht überwiesen.

Traktandum 3 Postulat Urs Tanner vom 21. März 2017: Umstellung auf Elektrofahrzeuge ab 2020: Bei Neuanschaffungen von Personenwagen und Bussen im Besitze der Stadt Schaffhausen dürfen ab 2020 nur noch elektrobetriebene Fahrzeuge gekauft werden

Das Postulat wird von Urs Tanner (SP) begründet, von Stadtpräsident Peter Neukomm beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Postulat wird in eine Interpellation umgewandelt.

Traktandum 4 Postulat Urs Tanner vom 21. März 2017: Förderung der Elektromobilität, Bereitstellung von Gratisparkplätzen für Elektropersonenwagen, Erstellung von Ladestellen, allgemeine Förderung von Elektropersonenwagen und Elektrofahrrädern

Das Postulat wird von Urs Tanner (SP) begründet, von SR Dr. Katrin Bernath beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit Stichentscheid des Präsidenten mit 17:16 Stimmen überwiesen.

**Traktandum 5 Interpellation Walter Hotz vom 22. März 2017:
Integration der Stadtplanung zum Hochbau**

Die Interpellation wird von Walter Hotz (SVP) begründet, von SR Dr. Katrin Bernath beantwortet und im Rat diskutiert.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Stefan Marti (SP)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 11 vom 5. September 2017 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der Gäste auf der Tribüne sowie der Medienberichterstatte(r)innen und Medienberichterstatte(r).

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Einladung Einweihung Kindergarten Herblingen am 2. September 2017
- Antwort des Stadtrats vom 22. August 2017 auf die Kleine Anfrage Tanner vom 17. August 2016: Bundesgerichtsurteil und Stromtarife?
- Vorabprotokollierung der bisherigen Beratungen des Postulats Nicole Herren betreffend Herrenacker – wie weiter? vom 22. August 2017
- Einladung zum Ratsausflug vom 26. September 2017 mit der Bitte, sich anzumelden.

Der **Ratspräsident** informiert den Grossen Stadtrat, dass die Antwort des Stadtrats auf die Kleine Anfrage von Walter Hotz vom 23. Mai 2017: Kommunikation zwischen dem Stadtrat, dem Regierungsrat, den National- und Ständeräten und der städtischen Museumskommission voraussichtlich Ende Monat vorliegen wird.

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 9 vom 4. Juli 2017 ist vom Büro genehmigt und liegt zur Einsichtnahme auf dem Kanzleisch auf. Begehren auf Änderungen sind innert 10 Tagen dem Ratsbüro mitzuteilen. Das Protokoll gilt somit unter dem Vorbehalt von Art. 32 Abs. 3 und 4 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats als genehmigt.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt, somit gilt sie als genehmigt.

Traktandum 1 Postulat Nicole Herren vom 21. Februar 2017: Herrenacker - wie weiter?

Edgar Zehnder (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

„Der Herrenacker in Schaffhausen ist der grösste Platz der Stadt. Er ist das Symbol einer jahrhundertelangen Tradition des Wochenmarktes, als Aufenthaltsort für alle Besucher und für artistische und musikalische Darbietungen, wie wir sie kürzlich mit Stars in Town ein weiteres Mal erleben durften. Die eindrückliche Gestaltung mit alten und neuen Gebäuden, berühmte Bauten wie das Stadttheater und das Haus zur Wirtschaft machen den Herrenacker zu einem wichtigen Stück Lebensqualität.

Bereits anfangs 2000 wurde über mehrere Jahre über die Gestaltung des nach dem Bau des Parkhauses verkehrsfreien Platzes gestritten. Es wurden Vorlagen abgelehnt und neue geschrieben. Mit der heutigen Lösung bietet der Herrenacker eine ideale freie Fläche, wie sie in ganz Schaffhausen nicht annähernd angeboten werden kann. Das macht diesen Platz einzigartig und interessant.

Die Parkhaus Herrenacker AG als privater Investor hat ein ureigenes Interesse, was mit dem Platz geschieht, wie stark er genutzt und frequentiert wird. Unsere Fraktion ist schon erstaunt, dass dieser Vorstoss gerade von Nicole Herren, Verwaltungsrätin dieser Firma, vorgebracht wird. Wir hätten es begrüsst, wenn von ihr in dieser Angelegenheit ein wenig mehr Zurückhaltung gezeigt worden wäre. Aber wer spricht in unserem Rat schon von Zurückhaltung oder gar Ausstand? Ich hatte mir überlegt, ob ich Anstand schreiben möchte. Aber wie geht das mit dem Ausstand, wenn unsere Stadtangestellten hier im Saal über ihre Besoldung und Goodies sogar selber bestimmen? Das waren noch Zeiten, als unsere Vorgänger hinten im Saal die Geschäfte, die sie persönlich betrafen, nur mitgehört haben und sich nicht selber bereichern wollten. Solche Ratsmitglieder gibt es heute anscheinend nicht mehr. Lobbying à la Bern lässt grüssen.

Die Postulantin bemängelt, dass der Belag unschöne, kaputte beziehungsweise geflickte Stellen aufweist. Das ist wirklich schade. Ich kann ihr in diesem Punkt zustimmen, dass es nicht angehen kann, den bestehenden Saibro mit schwarzem Beton auszubessern. Ich kann das Tiefbauamt nur auffordern, seine Arbeit korrekt auszuführen, wie es diesem Platz gebührt. Dazu braucht es keinen Vorstoss und schon gar kein Postulat, sondern eine kurze Bemerkung an die Baureferentin, was das eigentlich soll.

Der fehlende Schatten ist in den heissen Sommertagen schon seit 15 Jahren ein immer wiederkehrendes leidiges Thema. Ich könnte mir wirklich bessere Lösungen vorstellen. Aber man bedenke, jeder schattenspendende Baum oder Bau verhindert die vollflächige Nutzung des Platzes. Das war nur ein Grund, weshalb wir damals, ich war selber Kommissionsmitglied bei der Vorlage Herrenacker, auf weitere Bäume verzichtet haben. Leider wurde das Parkhaus aus Kostengründen vom damaligen Investor nicht noch tiefer gebaut, das Loch war so schon gross genug und teuer genug. Somit ist es leider vor allem im unteren Bereich nicht mehr möglich, Bäume direkt in den Boden zu versetzen. Deshalb sind auch die doch eher unschönen Blumenkisten überall vorhanden.

Zum Thema Belag: Sollte die Herrenacker AG wirklich Wassereinbrüche im Parkhaus haben, ist das Sache der Herrenacker AG. Erstens kann keine Belagsfläche diese verhindern, noch ist es die Aufgabe der Platzgestaltung, diese zu berücksichtigen. Wenn es nur bei den "Affenhäuschen" problematisch wäre, sollte dies ebenfalls auf Kosten der Herrenacker AG in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt erledigt werden. Auch dazu braucht es keinen Vorstoss und keinen neuen Platz.

Der heutige Platz konnte leider nicht mit einer festgebundenen, wasserrückweisenden, aber nicht wasserdichten Schicht erstellt werden, da bereits damals ein Kanalanschluss hinunter zum Rhein ohne sehr grosse Zusatzaufwendungen nicht möglich gewesen wäre. Die Abflussmenge könnte mit der heutigen Kanalisation nicht gewährleistet werden. Somit mussten wir uns auf eine Lösung mit Versickerung konzentrieren und konnten mit dem damals noch eher unbekanntem Saibro eine sehr gute Lösung finden.

Saibro hat die Eigenschaft, dass er, wenn er richtig genutzt und gepflegt würde, die Sickerfähigkeit über Jahre behalten und somit auch die partielle Eisbildung verhindern sollte. Da der Platz aber übermässig mit Ortslenkungen zerrieben wird, ist die Gebrauchstauglichkeit womöglich örtlich eingeschränkt. Auch sollte der Platz regelmässig mit speziellen Maschinen gereinigt werden. Ich habe aber eine solche in Schaffhausen noch nie gesehen, was aber nicht heissen muss, dass es diese nicht

gibt. Sollten weitere Eisbildungen und somit zu stark verdichtete Bereiche vorhanden sein, müssten diese ausgewechselt werden. Das ist klar. Saibro kann man so einbauen, dass man die Flickstellen, falls diese von einem Profi eingebaut werden, nicht mehr gross sieht. Aber man muss diese etwas grossflächiger gestalten. Dies ist notwendig, da es sich kaum lohnt, Saibro von auswärts zu bestellen, um nur 200 Liter einzubauen. Unter 6 bis 7 Kubikmeter pro Fahre wird das zu teuer und ist absolut unwirtschaftlich. Unsere Baureferentin hat in der letzten Sitzung gesagt, der Saibro Belag sei eine günstige Lösung. Man müsse leider feststellen, dass er nicht halte, was man sich ursprünglich davon versprochen habe. Was hat man sich denn ursprünglich davon versprochen?

Der Saibro ist alles andere als günstig. Also wirklich, es ist ein sehr teures Produkt. Unsere Platzvariante ist sogar ausgesprochen teuer und unsinnig erstellt worden. Wer das verbrochen hat, weiss ich auch nicht mehr. Stellen Sie sich vor, normal kostet ein Kubikmeter Saibro rund CHF 300.--. Wir Schaffhauser haben ein weiteres Mal Architekten statt Bauingenieure für die Platzgestaltung hinzugezogen. Fazit: Wir haben Siena-Kies, man höre, Siena-Kies verwendet, das ist speziell farbiges Kies. Kosten rund CHF 800.-- pro Kubikmeter, also mehr als doppelt so teuer wie normaler Kies. Der Architekt, in Berufung mehr Künstler als Baufachmann, wollte die Farbe mit dem Stein anstatt dem Bindemittel erreichen. Auch das Bindemittel kann eingefärbt werden. Dazu musste die Oberfläche aber gewaschen werden. Wir bauen den Stein mit Bindemittel ein, waschen dieses aber oben weg und setzen damit bereits beim Entstehen den oberen Teil frei. Die Oberfläche müsste wirklich gewaschen werden. Dies geht für einen Fussweg, aber sicher nicht für eine stark mit LKW befahrene Fläche. Der Höhepunkt an der Sache ist, dass der ganze Belagsaufbau, das heisst die Stärke - zum Teil über 20 cm stark - mit dem teuren Siena-Kies erstellt wurde. Ein normal denkender Bauherr und Planer würde mindestens die ersten 9 bis 10 cm mit einem günstigeren Material einbauen, was die Baukosten um hunderttausende von Franken günstiger gemacht hätte. Es gibt viele Beispiele in der Schweiz, wo Saibro richtig angewendet wurde und immer noch hält. Die Lebensdauer eines Saibro ist sicherlich nicht mit einer Pflasterung zu vergleichen, welche über Jahrhunderte ihre Aufgabe erfüllt. Nach 12 Jahren ist die Oberfläche langsam am Ende der zu erwartenden Lebensdauer. Deshalb frage ich, was haben wir denn erwartet? Saibro hat nicht versprochen, dass er 50 bis 70 Jahre hält. Kein Deckbelag hält so lange. Saibro ist ein Belag, der nicht 30 oder 40 Jahre zur Verfügung steht. Aber auch da gilt, wer ein altes Auto pflegt, fährt damit vielleicht 100 Jahre. Das Militär und die Oldtimer machen es vor. Auch wenn wir unsere Fahrzeuge bereits nach 5 - 10 Jahren wieder einstampfen. Wahrlich, der Herrenacker hat das Material Saibro verteuert. In Wirklichkeit sind es aber unsere unfähigen Planer und Bauherrenvertreter und der Unterhalt, die mit dem modernen Material nicht umzugehen wusste. Der Unterhalt unserer Plätze ist Aufgabe und Pflicht des Tiefbauamtes, das leider in den letzten Jahren nicht gerade mit Stärke und Know How auftreten konnte.

Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion ist klar der Meinung, dass der heutige Platz, wenn er wieder richtig unterhalten wird, für seine Aufgaben auch in den nächsten Jahren ideale Möglichkeiten bietet und keine "Prothesen" braucht, eine leichte Schönheitsoperation sollte genügen. Wir werden die Überweisung des Postulats einstimmig ablehnen."

Christian Ulmer (SP)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

"Der grösste Schaffhauser Platz setzt Emotionen frei. Er macht Freude, wie zuletzt am Stars in Town, und handkehrum wird er wieder zum Stein des Anstosses. Der arme Herrenacker tut uns leid. Welchen Wünschen und Vorstellungen er gerecht werden

muss, geht auf keine Saibrohaut.

Festzustehen scheint, dass eine Sanierung oder ein Austausch des Belages notwendig ist. Unsere Fraktion ist auf die Vorschläge aus dem Stadthaus gespannt. Die zuständige Stadträtin und ihr Team werden die richtigen Schlüsse aus den Erfahrungen der Vergangenheit ziehen.

Was die Aufwertung des Platzes anbelangt, ist Zurückhaltung angezeigt. Eine fixe Möblierung macht aus den bekannten und oft erwähnten Gründen keinen Sinn. Die heutige flexible Funktion des Platzes darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Im oberen Teil des Herrenackers sind die Sitzgelegenheiten unter den Bäumen in den warmen Monaten gut frequentiert. Die ihn umgebenden Häuserfassaden sind in der Mehrheit schön anzusehen, und die grosszügige Weite, die der Platz ausstrahlt, ist eine grosse Qualität. Es stellt sich die Frage: Ist der Herrenacker wirklich so unattraktiv?

Wenn die FDP der Meinung ist, dass eine grössere Investition getätigt werden soll, nehmen wir das mit Freude zur Kenntnis. So könnte man nebst der Pflasterung des Herrenackers mit Schweizer Pflastersteinen endlich auch die leidigen Parkhausaufgänge zurückbauen. Wenn es der FDP sogar gelänge, die Parkhaus Herrenacker AG dazu zu bringen, sich an diesem Projekt finanziell zu beteiligen, so würden wir Nicole Herren und Co. den roten Teppich ausrollen.

Aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion dürfen aber wegen des Herrenackers die anderen innenstädtischen Plätze nicht vergessen werden. Eine Lösung für den Herrenacker sollte städteplanerisch mit der Frage angegangen werden, welche Nutzung und Aufwertung wir künftig zum Beispiel für den Platz oder den Kirchhofplatz vorsehen. Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, auch darüber nachzudenken.

Wir spielen den Ball also gerne dem Stadtrat zu und unterstützen die Überweisung des Postulats von Nicole Herren."

Angela Penkov (AL)

AL-Fraktionserklärung

"Der Herrenacker. Ganz ehrlich. Ich finde ihn schön. Vor allem am frühen Morgen. Er hat zwar den falschen Belag. Er ist kaum oder nur am Rande frequentiert. In der Nacht leuchtet es unromantisch aus den Parkhausaufgängen und Sitzbänken, und man wünschte sich schönes Kandelaberlicht von oben. Aber mal ganz grundsätzlich: Dieser Platz hat Potential. Und über das Potential von Plätzen hat sich die AL in den letzten Jahren immer wieder Gedanken gemacht.

In seinem Postulat im Grossen Stadtrat forderte Simon Stocker 2012 einen lebendigen Platz für alle, eine Rückeroberung des öffentlichen Raumes, der uns ja sowieso gehören sollte. Dieses Leben wurde leider in den letzten Jahren weder dem Herrenacker noch anderen wertvollen Plätzen in Schaffhausen eingehaucht. Denken wir zum Beispiel an den Kammgarnhof und den Kirchhofplatz. Wie diese zu beleben sind und aufblühen, wenn sie von Menschen und nicht von Autos bespielt werden, hat unsere Partei an verschiedenen Aktionstagen aufgezeigt. Die Ideen zur vielfältigen Nutzung des Herrenackers waren und sind vorhanden, und gerne werden wir aktiv mitplanen, wenn es um Vorschläge zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Herrenacker geht, wenn der Platz dann 2019 saniert werden soll.

Von der Sanierung und Neugestaltung des Herrenackers erhoffen wir uns Folgendes: Die Oberflächenbeschaffenheit soll optisch ansprechend sein und zum Verweilen und

zum Begehen des Platzes einladen und soll vor allem auch was taugen. Und zwar Jahrhunderte lang. Ob bei einer klugen, weitsichtigen und nachhaltigen Platzgestaltung auf ein viertägiges Festival Rücksicht genommen werden muss, könnte man diskutieren. Der Platz muss vermehrt von verschiedenen Nutzern belebt werden dürfen. Wir denken an das Sommertheater, kleinere Konzerte, Schaubühnen, Buvetten, mobile Spielgeräte, und ja, warum nicht auch an eine Boule-Bahn? Aber wie gesagt, der AL mangelt es selten an Kreativität. Und der FDP auch nicht. Man könnte Frau Herren und ihrer Fraktion unterstellen, dass ihre Kreativität bezüglich Platzgestaltung erst dann zu spriessen beginnt, wenn sie kalte beziehungsweise nass-kalte Füsse bekommt. Schliesslich tropft es ja neben verstopften Saibroporen entlang in „ihr“ Parkhaus. Das wollen wir aber nicht.

Wir freuen uns, dass die FDP ganz im Sinne der AL, wenn auch fünf Jahre später, reges Interesse an der Aufwertung und der Attraktivierung des Herrenackers zeigt und hoffentlich geschlossen mit Res Hauser, der damals erneut Parkfelder einzeichnen wollte, der Überweisung des Postulates von Nicole Herren zustimmt. Die AL-Fraktion tut es. “

Walter Hotz (SVP)

Votum

”Edgar Zehnder hat es angesprochen. Nicole Herren ist Mitglied des Verwaltungsrats der Parkhaus Herrenacker AG. Aber es sind noch zwei weitere Herren in der Parkhaus Herrenacker AG, und zwar unser Stadtpräsident Peter Neukomm und Dr. Raphaël Rohner. Und hier stellt sich die Frage, wem dienen sie jetzt? Der Parkhaus Herrenacker AG oder dem Steuerzahler? Bezüglich Befangenheit habe ich zwei kurze Bemerkungen gelesen, die ich Ihnen gerne vorlesen möchte: *“Es gibt beispielsweise bei den gerichtlichen Ausstandsregelungen die Regel, dass es nicht darum geht, ob jemand tatsächlich befangen ist, der Anschein einer reinen Befangenheit genügt.”* Dies zum Thema Befangenheit.

Aber jetzt hat die Baureferentin das Pech, dass sie bereits schon die Antwort geben musste und wir diese schon schriftlich erhalten haben. Und da muss ich schon sagen, das Fazit, das Sie gemacht haben, ist schon bedenklich. Also erstens sagen Sie, dass Sie das Postulat entgegennehmen, aber die Ausbesserungsarbeit sei noch nicht dringend notwendig, Sie legen diese erst einmal auf die lange Bank bis ins Jahr 2019.

Ich möchte Sie an dieser Stelle daran erinnern, was im Abstimmungsbüchlein stand, das ich Ihnen leider vorlesen muss, weil Sie es offenbar nicht gelesen haben. Ich zitiere: *“Bei der Neugestaltung des Herrenackers wurde bewusst darauf geachtet, dass auf dem Platz gelegentlich Veranstaltungen durchgeführt werden können. Neben der individuellen Nutzung und der Nutzung für Boulevard-Cafés wurde die Nutzung als Marktplatz und als Ort für kulturelle Anlässe und Feste von Anfang an in die Planung miteinbezogen.”* Und jetzt müssen Sie genau zuhören: *“Deshalb wurde der Platz grossflächig frei belassen und ausser in den Randbereichen weder bebaut noch bepflanzt.”* Das steht im Abstimmungsbüchlein vom 27. November 2005 auf Seite 12, falls Sie es noch selbst nachlesen wollen.

Bezüglich der Kosten, die auch Edgar Zehnder angesprochen hat: Der Steuerzahler hat zum Beispiel die Parkhausaufgänge bezahlen müssen; diese haben CHF 274'000.-- gekostet. Am Schluss hat der Platz knapp CHF 2 Mio. gekostet. Nach meinem Dafürhalten ist der Platz an und für sich gut. Im Bereich der Haupttribüne von Stars in Town ist er sicher nicht mehr optimal. Aber das kommt nicht von der Anlieferung mit den Lastwagen, da diese einen viel grösseren Radius machen und den

Platz nicht belasten. Das kommt von den Hubstaplern, die tonnenschwer sind und ganz enge Kreise machen, was den Platz sehr belastet. Ich frage mich schon, wie der Stadtrat dies in Zukunft handhaben will. Es gibt eine Kleine Anfrage von Fabian Käsli. "Wie viel kostet das Musikfestival auf dem Herrenacker den städtischen Steuerzahler?" Und in der Antwort ist nachzulesen, dass Stars in Town alles gratis von der Stadt bekommt. Und Regierungsrat Christian Amsler kann in einer Stellungnahme gegen einen Leserbrief von mir schreiben, es werden keine Steuergelder verwendet. Dann frage ich mich, welche Gelder der Stadtrat denn nimmt, wenn er Stars in Town gratis auf den Platz lässt."

SR Dr. Katrin Bernath**Stellungnahme Stadtrat**

"Ich kann nicht zu allem Stellung nehmen, weil ich auch nicht weiss, was die damaligen Überlegungen waren, als der Belag ausgewählt und gebaut wurde, und warum man zu diesem Schluss kam. Ich habe das alte Abstimmungsbüchlein ebenfalls gelesen und mit Freude festgestellt, dass das Thema "freier Platz" offensichtlich schon damals diskutiert wurde. Ich steute mich zusammen mit anderen in diesem Saal als Fan vom Platz. Er ist gelungen, wie er heute ist. Ich gehe an dieser Stelle aber gerne noch auf ein paar Fragen ein.

Edgar Zehnder hat das Thema, dass man den Belag nicht mit Beton flicken soll, aufgebracht. Es handelt sich um kleinere Flickstellen, wie er selbst auch gesagt hat. Für diese lohnt es sich nicht. Man hat versucht, kleinflächige und kostengünstige Lösungen zu suchen. Es wurde auch experimentiert, wie man möglichst so flicken kann, damit man es nicht sieht. Es ist allen bewusst, dass dies eine Übergangslösung ist.

Weil nun aber der Bedarf nicht nur in Bezug auf die Oberfläche, sondern auch bezüglich der Verbindung zwischen Belag- und Tragschicht und generell besteht, lohnt es sich jetzt zu prüfen, was die beste Lösung ist und halt noch ein bisschen mit dem Flickwerk zu leben. Ich denke, wir klagen auf hohem Niveau.

Generell nehme ich aus verschiedenen Voten mit, dass es primär um den Belag geht und die vom Stadtrat vertretene Haltung gestützt wird, dass das Potenzial zur Aufwertung in erster Linie bei temporären und flexiblen Nutzungen liegt. Wir haben schon einmal gehört, dass diese Haltung das Ergebnis eines längeren Prozesses war, und man schlussendlich zur Erkenntnis kam, dass es wichtig ist, einen freien Platz zu haben, der verschiedene Nutzungen zulässt.

Zum Zusammenhang Parkhaus und Platz: Die Sanierung des Platzes ist unabhängig vom Parkhaus ein Thema. Und es ist so, dass die beiden Vertreter aus dem Stadtrat von Amtes wegen im Verwaltungsrat sind und die Interessen der Stadt vertreten.

Dann noch das Thema Planung 2019: Ich würde auch lieber jetzt schon beginnen. Aber wir haben nicht so viel Personal und verschiedene laufende oder neu gestartete Projekte, auch im Zusammenhang mit der Buserweiterung und so weiter, die wir nicht verschieben können, zu bewältigen. Deshalb haben wir im Hinblick auf die Priorisierung festgelegt. Die Sanierung kann und muss leider noch warten.

Auch wenn es nur um den Belag geht, braucht es eine sorgfältige Planung, insbesondere in Bezug auf die Entwässerung. Je nach Material wird sich dort einiges ändern, und wir sehen aufgrund der aktuellen Situation, dass die Entwässerung ein ganz zentrales Thema sein wird.

In diesem Sinne: Vielen Dank für Ihre Rückmeldungen, die wir gerne aufnehmen. Auch Rückmeldungen, die wir sonst erhalten, sei es per Mail oder wie auch immer, nehmen wir auf und berücksichtigen diese gerne, wenn wir mit der Planung beginnen.“

Nicole Herren (FDP)**Schlusswort**

„Herzlichen Dank für die meist wohlwollende Aufnahme meines Postulates. Ich bin sehr überrascht. Ich bin auch sehr überrascht - freudig überrascht - dass der Stadtrat schon in der letzten Sitzung mit mir einig ging, dass etwas gemacht werden muss.

Bestätigt hat mich auch Edgar Zehnder mit seinem umfangreichen Wissen über den Saibro. Das ist offensichtlich der falsche Belag für die falsche Stadt und für den falschen Platz. Also, wir haben es nicht geschafft, diesen modernen Platz in dieser Form in Stand halten zu können. Dann ist mein Fazit: Es ist der falsche Platz.

Dass Emotionen geweckt werden, ist offensichtlich und schon lange so, und die Emotionen gehen teilweise hoch. Ich möchte nur deklarieren, dass ich, wie schon erwähnt wurde, im Verwaltungsrat der Parkhaus Herrenacker AG sitze, aber weit davon entfernt bin, das Parkhaus zu besitzen. Also, ich glaube nicht, dass ich mir diesen Vorwurf unterstellen lassen muss.

Das auf diesem Platz erkannte Potential freut mich sehr. Ich freue mich auch sehr auf die Vorschläge vom Stadtrat und von Grün Schaffhausen. In erster Linie muss sicher der Platz beziehungsweise der Belag saniert werden, und in zweiter Linie, wenn noch etwas Schönes oben drauf kommt, sind wir vermutlich alle glücklich. Auch das Wasser, das nicht abfließen kann oder in die falsche Richtung abfließt, betrifft nicht nur die Parkhaus Herrenacker AG, sondern auch das Kantonsgericht. Wenn es Schäden am Untergrund sind, die von oben kommen, ist dies nicht in erster Linie der Fehler der Parkhaus Herrenacker AG oder des Kantonsgerichtes, sondern dann ist dies ein Fehler, der von der Platzgestaltung und vom Platz kommt.

Ich danke vielmals und hoffe, dass wir das Postulat heute überweisen können.“

Schlussabstimmung

Das Postulat Nicole Herren vom 21. Februar 2017: Herrenacker - wie weiter? wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 18:12 Stimmen überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.**Traktandum 2****Postulat Manuela Bühler vom 6. Dezember 2016:
SKOS-Richtlinien einhalten bei der Sozialhilfe****Bea Will (AL)****Begründung**

„Ich verlese Ihnen die Begründung und Stellungnahme der AL zum Postulat „SKOS-Richtlinien einhalten bei der Sozialhilfe“ vom 6. Dezember 2016, eingereicht von der ehemaligen AL-Grossstadträtin Manuela Bühler. Die Einleitung zur Begründung ist ein Text der Caritas Schweiz, welchen wir mit deren Einverständnis für die heutige Diskussion verwenden dürfen. Ich zitiere:

Die Sozialhilfe ist heute Ziel zahlreicher Angriffe. Sie wird zunehmend als Luxus

bezeichnet, als "Hängematte", in der man sich gemütlich einrichten könne, während andere Leute für ihren Lebensunterhalt schuftet müssen. Dass Menschen in Armut aller möglichen Übel bezichtigt und zu Sündenböcken gemacht werden, ist nicht neu. Die genannten Angriffe unterstellen, die Sozialhilfe sei für die blosser Existenzsicherung viel zu grosszügig ausgestaltet und dadurch zu teuer. Ihre Leistungen seien zu leicht erhältlich oder würden überhaupt zu Unrecht ausgezahlt.

Sozialhilfe fördere die Bequemlichkeit, das Nichtstun, bestimmte Personen würden von ihr bevorzugt behandelt und einige, wenn nicht die meisten Sozialhilfebeziehenden seien an ihrer misslichen Lage ohnehin selber schuld. Was es aber bedeutet, mit dem Existenzminimum zu leben und einschneidende Eingriffe ins Privatleben in Kauf zu nehmen, wird ausgeblendet. Für die Betroffenen sind solche Attacken eine Bedrohung der eigenen Existenz, für die gesamte Gesellschaft sind sie eine Gefährdung des sozialen Zusammenhalts.

Die Steuersenkungspolitik der letzten Jahre hat viele Kantone in eine finanzielle Schieflage manövriert. Einige sehen bei der Sozialhilfe Sparpotenzial, um die fahrlässig in Kauf genommenen Finanzlöcher zu stopfen.

In einem Land, das mehr Millionäre zählt als Sozialhilfebeziehende, ist es aber nicht annehmbar, dass die Ärmsten die Zeche für eine verfehlte Fiskalpolitik zahlen. Der absurde Steuerwettbewerb zwischen Kantonen und Gemeinden im Kampf um die Superreichen hat sein negatives Spiegelbild im Abschiebewettbewerb gegen Sozialhilfebeziehende. Ende Zitat.

Wie sieht es nun in Schaffhausen aus? Mit den EP14-Massnahmen des Kantons Schaffhausen kürzte der Regierungsrat die Sozialhilfe für junge Erwachsene unter 25 Jahre um 23,4%. Die Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen erhalten demnach noch monatlich CHF 755.-. Die SKOS empfahl eine Kürzung von 20% auf CHF 789.-. Die Schaffhauser Regierung hat also die empfohlene Kürzung um 3,4% überschritten. Für Menschen, die mit weniger als CHF 800.- im Monat auskommen müssen, sind auch CHF 34.- eine wichtige kleine Entlastung.

Der Stadtrat hat die Kürzung des Regierungsrates vollumfänglich in sein Budget aufgenommen und eine Reduktion der Ausgaben für die Sozialhilfe um gesamt CHF 87'000.- budgetiert. Nun sind sowohl die Jahresrechnung des Kantons als auch der Stadt Schaffhausen mit einem äusserst positiven Ergebnis abgeschlossen worden. Für die Stadt Schaffhausen beantragte der Stadtrat infolgedessen eine Steuersenkung und einen Steuerrabatt, der mit Beschluss des Grossen Stadtrates vom 29. November 2016 angenommen wurde.

Auf dem Armutsindikator 2014 des Bundesamtes für Statistik figuriert der Kanton Schaffhausen mit einem Armutsindikator von 5,4 auf dem 16. Rang der 26 Schweizer Kantone und liegt im unteren Mittel. Somit entbehrt das Argument, es würde ein Sozialhilfetourismus entstehen, falls die Sozialhilfe nur um die von der SKOS empfohlenen 20% gekürzt werde, jeglicher Grundlage.

Die Ursachen der Sozialhilfequote junger Erwachsener finden sich einerseits in den zahlreichen Übergängen, die in diesem Alter zu bewältigen sind. Andererseits ist das Sozialhilferisiko der jungen Erwachsenen stark vom wirtschaftlichen Umfeld abhängig. Sie sind die ersten, die bei rückläufiger Konjunktur entlassen werden, und erst wenn die Wirtschaft wieder über mehrere Jahre floriert und nicht mehr ausreichend gut qualifizierte Personen zur Verfügung stehen, finden junge und niedrig qualifizierte

Personen wieder vermehrt eine Stelle.

Die Sozialhilfe unterstützt ausserdem viele junge Erwachsene während der Ausbildung. Es ist deshalb fahrlässig, die Sozialhilfe für junge Erwachsene zu kürzen, wenn kein Bedarf dazu besteht. Und wir empfinden es nach dem Rechnungsabschluss 2016 mehr als ein Affront, wenn nicht gar unanständig gegenüber den jungen Menschen, welche auf diese Unterstützung angewiesen sind.

Wir von der AL wünschen uns keine Politik des "race to the bottom", sondern eine Politik, die solidarisch ist mit allen Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt Schaffhausen und beantragen, die Kürzung der Sozialhilfe bei den von den SKOS empfohlenen maximal 20% zu belassen beziehungsweise dahingehend rückgängig zu machen. Nun sind wir gespannt auf die Antwort des Stadtrates und freuen uns, wenn es möglich wird, dieses Postulat geschlossen zu überweisen.

Materiell sprechen wir von einem nahezu lächerlichen Betrag von rund CHF 3'000.-, den wir, wenn wir heute auf unser Sitzungsgeld verzichten würden, heute Abend schon auf den Tisch legen könnten."

SR Simon Stocker

Stellungnahme Stadtrat

"Gerne präsentiere ich Ihnen die Stellungnahme des Stadtrates zum Postulat Bühler und bin auch froh, dass es nach dieser etwas langen Zeit endlich beraten werden kann.

Bereits in der Debatte zum Budget 2017 wurde die Frage aufgeworfen und ich habe Ihnen die Haltung des Stadtrates unterbreitet. An dieser möchte der Stadtrat festhalten.

Die kantonalen Richtlinien zur Bemessung der Sozialhilfe orientieren sich an den besagten SKOS-Vorgaben. In seiner letzten Revision hat die SKOS empfohlen, bei jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren eine Senkung vorzunehmen. Die Empfehlung lag beim besagten Betrag von CHF 789.-. Grundlage dieser Berechnung war die Annahme, dass junge Erwachsene in einem Mehrpersonenhaushalt, bei ihren Eltern oder in einer Wohngemeinschaft leben können. Zudem sollte mit der Senkung der Anreiz geschaffen werden, eine Ausbildung zu absolvieren oder einem Job nachzugehen. Bei den vorherigen Beträgen war dieser Anreiz praktisch nicht vorhanden. Junge Erwachsene in einer Ausbildung waren teilweise schlechter gestellt, als solche mit Unterstützung der Sozialhilfe. Neben der Senkung der Beiträge hat die Sozialdirektoren-Konferenz jedoch auch festgehalten, dass Kantone und Gemeinden in die Unterstützung von jungen Erwachsenen investieren müssen. Dies kann mit gezielten Coachings oder Nachholbildung gemacht werden. Entsprechende Angebote gibt es beispielsweise mit dem Case-Management beim Kanton.

Junge Erwachsene geniessen auch bei der Stadt hohe Aufmerksamkeit. Gerade im Alter von 18 bis 25 Jahren muss es unbedingt gelingen, diesen Personen zu einer Ausbildung und zu einem Arbeitsplatz zu verhelfen. Der Stadtrat hat bei der Medienkonferenz zur Rechnung 2016 auf diese Thematik aufmerksam gemacht.

Der Kanton, wie auch die Gemeinden sind frei in der Ausgestaltung der Sozialhilfe-Richtlinien. Sinnvollerweise und wenn immer möglich sollen in allen Gemeinden des Kantons Schaffhausen die gleichen Richtlinien gelten und angewendet werden. Anderenfalls bestünde die Gefahr, dass einzelne Gemeinden mit höheren Ansätzen

attraktiver und solche mit tieferen Ansätzen entsprechend unattraktiver wären. Dies könnte zu einem Schwarz-Peter-Spiel führen, das weder für Gemeinden noch für die Betroffenen positiv wäre.

Eine sozialpolitische Diskussion und Beurteilung wurde im Rahmen der Kantonsratsdebatte geführt. Das Ergebnis ist allen bekannt. Der Kanton Schaffhausen ist bei seinen Richtlinien unter die von der SKOS empfohlenen CHF 789.-- gegangen und setzte diese bei CHF 755.-- an. Die Gemeinden im Kanton Schaffhausen haben diesen Ansatz übernommen. Bei seinen Überlegungen orientiert sich der Stadtrat am Grundsatz der gleichen Handhabung und Ansetzung der Richtlinien in sämtlichen Gemeinden des Kantons. Das ist eine Abmachung, an die sich die Gemeinden im Kanton halten und die sich bewährt hat. Als Stadt Schaffhausen bei den Sozialhilfe-Ansätzen als einzige Gemeinden im Kanton aus der Reihe zu tanzen, erachtet der Stadtrat als nicht sinnvoll.

Der Stadtrat empfiehlt Ihnen deshalb, das Postulat nicht zu überweisen. “

Urs Tanner (SP)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

”Ich bedanke mich bei Stadtrat Simon Stocker. Er hat in letzter Zeit keine einfache Aufgabe, weil er die 50:50-Initiative oder auch dieses Anliegen des Stadtrats zu vertreten hatte, obwohl sein Herz wahrscheinlich ein bisschen anders schlägt. Wir werden Ende Monat wissen, wie sich die Bevölkerung dazu äussern wird.

Jetzt mal ganz ehrlich - eine schäbige Politik, die SKOS-Ansätze zu unterbieten. Müssen wir diesen Wettbewerb auch noch mitmachen? Müssen wir wirklich diese schäbigen Minimalansätze unterbieten und heruntersetzen? Steuerwettbewerb nach unten erlebe ich in diesem Rat seit 19 Jahren. Der Steuerfuss ging immer nach unten. Das freut mein Portemonnaie auch, wunderbar. Ich kann meinen 15. Anzug kaufen, und Sie können schöne Ferien machen. Die meisten, die hier drin sitzen dürfen, sind gewählt und dürfen arbeiten, es geht allen doch gut bis sehr gut - materiell, gesundheitlich hoffentlich auch. Mir geht es auch gut.

Wer bezahlt schon gerne Steuern? Ich bezahle nicht gerne Steuern. Wer gibt schon gerne viel Geld aus für den Staat? Ich bestimmt nicht. Aber ich weiss doch, was an Qualität zurückkommt. Ich muss etwa sieben bis acht Wochen arbeiten. In anderen Ländern ist es ein halbes Jahr. Und dann ist meine Steuerbelastung weg. Gut, ich hinke meistens ein bisschen hinterher, aber ich bezahle sie dann doch noch. Ich schaffe das, dafür dann ein bisschen mehr.

Der Aufenthalt in der Sozialhilfe soll doch keine Hängematte sein, mit der Sie in Kolumbien ihren Joint rauchen können. Das will niemand. Der Aufenthalt in der Sozialhilfe, was ein Verfassungsrecht ist - wir sind doch kein Drittwelt-Staat, der dies gar nicht hat - dauert statistisch ein paar Monate. Die Menschen wollen arbeiten. Junge Leute wollen doch eine Ausbildung.

Das Sitzungsgeld dafür einsetzen - diese paar tausend Franken bei einem Viertel-Milliarden-Haushalt Die **SP/JUSO-Fraktion** stimmt den Anliegen der AL auf jeden Fall einstimmig zu.”

René Schmidt (GLP)

ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

”Vorweg möchte ich die Ausführungen von SR Simon Stocker als fundiert in den Raum

stellen. Es geht darum, zu versuchen, dass die Jugendlichen einen Job finden oder noch besser eine Ausbildung beginnen. Wir stehen in der Verantwortung, dass sich die Jungen bewegen. Und bewegen kann man diese nur, wenn man Anschlag gibt und nicht, wenn man Leute verwöhnt. Und deshalb würde ich auch unterstützen, dass wir die gleiche Handhabung der Richtlinien anwenden wie im Kanton. Es sind keine schädigen Entschädigungen. Sie sind bedarfsgerecht. Das ist meine Meinung.

Nun, dazu noch einige Gedanken. Für mich waren die SKOS-Richtlinien eine unbekannte Welt. Ich habe mich zuerst in diese Materie einlesen müssen und habe gesehen, dass die Beitragsreduktionen im Jahr 2015 auf Geheiss der Konferenz der kantonalen Sozial-Direktorinnen und Sozial-Direktoren beschlossen wurden. SKOS-Präsident Peter Gomm hat die Reduktion mit den folgenden Worten kommentiert: *“Wir wollten ein Zeichen setzen. Junge Erwachsene sollen wieder in den Arbeitsmarkt zurückfinden. Man will etwas einfordern.”* Was ist dabei schräg und unpassend? Das frage ich mich nun also wirklich.

Ich weiss, neben Kürzungen braucht es unterstützende Massnahmen von Seiten der Kantone und Gemeinden, auch Coaching oder Nachholbildung. Dies hat der Präsident auch erwähnt. Die Ansätze für unter 25-Jährige mit eigenem Haushalt wurden um 20% gekürzt. Und ich erinnere nochmals an diesen Beitrag, der mit CHF 789.-- festgelegt wurde.

Welchen Zweck erfüllen die SKOS-Richtlinien? Das ist ja die Frage. Und das ist die Definition: Die SKOS-Richtlinien machen Vorgaben zur Berechnungsweise und zur Festlegung des individuellen Unterstützungsbudgets beim Bezug von Sozialhilfeleistungen. Diese setzen sich zusammen - und jetzt aufgepasst - aus dem Grundbedarf für den Lebensunterhalt, den Wohnkosten und der medizinischen Grundversorgung, sprich Krankenkasse sowie den situationsbedingten Leistungen. Das ist ein Paket, das dürfen wir nicht ausser Acht lassen.

Was ist dann der Nutzen der SKOS-Richtlinien?

Die SKOS-Richtlinien haben sich zur landesweiten Referenzgrösse zur Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe entwickelt. Durch die vergleichbare Anwendung der Richtlinien in allen Teilen der Schweiz verringern sich die Unterschiede bei den Leistungen für Sozialhilfebezüglerinnen. Den Behörden steht ein sowohl zwischen den Kantonen als auch innerkantonal verwendbares System zur Verfügung. Die Gerichte können sich bei juristischen Auseinandersetzungen an einem Massstab orientieren. Dies zum Nutzen der SKOS-Richtlinien.

Nachdem bereits die SKOS eine Senkung der Sozialhilfe empfohlen hatte, beschloss der Kanton, wie erwähnt, im Sinne einer Sparübung, die Ansätze noch weiter zu senken. Nun will das Postulat für das Gebiet der Stadt Schaffhausen diesen über die Empfehlungen der SKOS hinausgehenden Abbau rückgängig machen.

Die ÖBS/EVP/CVP/GLP-Fraktion ist in dieser Frage gespalten.

Die Mehrheit wird das Postulat ablehnen. Sie tut dies nicht aus der Überzeugung heraus, dass die derzeitige Regelung richtig oder fair ist. Sie tut es, um innerhalb des Kantons einen Extrazug der Stadt zu vermeiden.

Die Minderheit wird dem Postulat zustimmen. Sie argumentieren: Den Wert einer Gesellschaft erkennt man bekanntlich daran, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht beziehungsweise umspringt. Konkret geht es gerade einmal um 12 bis 15 Personen,

die völlig aus dem Netz gefallen sind und für die CHF 34.-- viel mehr wert sind als für uns alle in diesem Saal. Das ist eigentlich die Meinung der Minderheit, die sich heute Abend aber noch zu Wort melden wird.

Unsere Fraktion wird das Postulat mehrheitlich nicht überweisen.”

Beat Brunner (EDU)**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion hat das Postulat von Manuela Bühler “SKOS-Richtlinien einhalten bei der Sozialhilfe” vor langer Zeit an einer Fraktionssitzung diskutiert.

Der Regierungsrat hat die Richtlinien im Rahmen einer EP14 Massnahme für den ganzen Kanton festgelegt. Darum schliessen wir uns ganz der Meinung von Stadtrat Simon Stocker an, der schon bei den Budget-Verhandlungen die damals von Regierungsrat beschlossenen Ansätze vertrat. Es handelt sich dabei nicht um eine wesentliche Kürzung, aber der administrative Aufwand und das klare Zeichen, auch an Sozialhilfebezüger, scheint uns gerechtfertigt. Auch kann es nicht sein, dass wir innerhalb unseres kleinen Kantons eine unnötige Differenzierung einführen, was zu einer Sogwirkung führt, denn die Lebenshaltungskosten sind bei uns in der Stadt nicht höher als in den Landgemeinden. Miete, Krankenkasse, Lebenshaltung wird bekanntlich, individuell je Fall, nach kantonalen Ansätzen berechnet.

Hier noch einige Gedanken, die uns zu dieser Entscheidung veranlassten:

Die meisten Jugendlichen sind ja noch in der elterlichen Obhut, haben vielleicht einen Lehrabbruch oder keine Lehrstelle gefunden. Ich sehe einen Teil dieser Jugendlichen, wenn ich im Rheinschulhaus Unterricht gebe. Sie sind dort in einem Projekt. Ich wundere mich oft, was sich die jungen Leute in den Pausen alles kaufen können, wie sie gestylt daherkommen und bereit sind, viel Geld zu bezahlen für zerrissene Jeans und die neusten Smartphones. Es gibt kaum einen Jugendlichen, der nicht ein Smartphone besitzt, obwohl man ja auch mit einem gewöhnlichen Handy telefonieren könnte. Die Sogwirkung der Stadt für Sozialbezüger besteht heute schon, auch ohne zusätzliche Anreize. Dies zu verstärken, wäre geradezu eine Dummheit.

Kurz zusammengefasst: Möglichkeiten, sich durch ehrlichen Nebenverdienst ein Taschengeld zu verdienen, sind auch heute noch gegeben. Wir hatten als Familie, wir waren vier Brüder, den Job, den Bock zu vertragen. Und ich hatte seit der 4. Klasse einen Job als Blechputzer und Abwascher in der Aschinger-Bäckerei. Und ich hatte damit zu meinem 14. Geburtstag den 30er-Hobel selber bezahlt.

Wir stehen für eine schlanke Verwaltung ein, das Postulat würde zu einer wesentlichen Verkomplizierung der Abrechnung mit dem Kanton führen. Dazu erachten wir es als Nonsense, das, was der Kanton kürzt, als Gemeinwesen wieder zu korrigieren. Darum lehnen wir einstimmig das Postulat ab.”

Res Hauser (JFSH)**FDP/JFSH-Fraktionserklärung**

”Nachdem wir uns nicht schon bei der letzten Budgetdebatte auf diese Diskussion einstellen konnten, wird diese nun kurz vor dem nächsten Budget nachgeholt.

Grundsätzlich stellt sich die FDP/JFSH-Fraktion hinter das Votum von Stadtrat Simon Stocker aus der Budgetdebatte 2017 und auch heute. Mit dieser Änderung wäre Schaffhausen weit und breit ein Unikum. Dieses Postulat fordert eine Änderung von einem Teil eines komplexen Systems, wie wir das schon letztes Jahr gehört haben.

Zudem ist aus unserer Sicht eine gute Jahresrechnung beziehungsweise ein gutes Budget kein Grund, um nicht auf die Ausgaben zu achten. Es ist dauernd unsere Pflicht, die Ausgaben zu überwachen und zwar bei den grossen und kleinen Posten. Bei guten Jahresergebnissen, die wir momentan immer wieder erreichen, sollte mehr über Steuersenkungen ohne Rabatte nachgedacht werden, als über höhere Ausgaben. Aber diese Diskussion werden wir ja später wieder führen.

In diesem Sinne lehnen wir das Postulat ab."

Iren Eichenberger (ÖBS)

Sprecherin Minderheit

"Ich spreche für die Minderheit in unserer Fraktion. Ich bin aber nicht allein, das will ich an dieser Stelle doch erwähnen.

Die Pädagogik, die hier von vielen vertreten wird, die geht für mich nicht auf. Ich glaube, vieles hat in dieser Diskussion mit Vorstellungen zu tun. Vorstellungen darüber, was die Sozialhilfe sei. Aber die Sozialhilfe ist kein Tierpark. Da gibt es nicht die netten Tiere, die, wenn sie das Männchen machen, mit Nüssen und Karotten belohnt werden. Das ist ganz anders. Sie haben es gehört, es ist alles sehr strukturiert. Es wird gemessen, die Leute müssen sich ausweisen. So einfach kommt man nicht zu Sozialhilfe.

Die pädagogische Vorstellung, man könne 18-Jährige, die in vielen Fällen einen schwierigen Weg hinter sich haben, mit CHF 34.- mehr oder weniger auf den Pfad der Tugend zurückführen, ist eine absurde Vorstellung. Es wurde dann schon so viel bei diesen Jugendlichen verpasst.

Ich sage nicht, dass es nicht auch gerade bei dieser Gruppe von jungen Menschen einen Anteil am Verhalten gibt, den man durchaus ansprechen kann. Aber mit diesen CHF 34.-- machen Sie das in Gottes Namen nicht, sondern im Gegenteil. Sie müssen sehr viel in Menschen investieren, die mit diesen jungen Menschen arbeiten, ihnen den Weg aufzeigen und sie unterstützen. Aber dies ist dann nicht für die CHF 3'000.- zu haben, über die wir jetzt reden.

Als Vergleich: Die SKOS hat eine Studie über den Grundbedarf erstellen lassen und hat die 10% der Bevölkerung, die am wenigsten Einkommen hat, untersucht. Wofür geben diese Leute wie viel aus und wie viel brauchen sie effektiv. Und so hat man erhoben, was der Sozialhilfe-Bedarf aktuell sein müsste und dabei festgestellt, für Einzel- und Zwei-Personen-Haushalte wären es sogar CHF 100.-- mehr. Aber die SKOS hat sich aufgrund des politischen Druckes dazu durchgerungen und die Zeichen anders gestellt, nämlich ihre Standards reduziert. Das ist jetzt, was offiziell gilt. Schaffhausen will nun diese offiziellen Standards unterlaufen.

Was ich schlicht nicht nachvollziehen kann, ist die Behauptung oder Begründung der Stadt, man müsse tun, was alle Gemeinden im Kanton machen, um eine Einheitlichkeit zu wahren. Also bitte, wenn die Stadt als meistbetroffene Gemeinde von Sozialhilfebezügern, sich gegenüber den anderen Gemeinden nicht durchsetzen kann, bin ich also schon höchst erstaunt.

Mich überzeugt die Begründung der Stadt nicht, und ich werde mit der Minderheit stimmen, die diesem Postulat zustimmt."

Christoph Schlatter (SP)**Votum**

"So beim Zuhören hatte ich das Gefühl, wir sprechen über die Wiedereinführung des Häcksel-Dienstes. Finanziell würde dies ungefähr die Hälfte ausmachen, nämlich CHF 1'500.--.

Wir sprechen von einem Betrag von CHF 3'000.--. Aber mir geht es eigentlich nicht um diese CHF 3'000.--. Ich spreche als Praktiker, auch nicht als Vertreter der SP. Als Berufsschullehrer weiss ich, dass es auf der Sekundarstufe 2 ein Projekt des Bundes gibt. Das heisst, es sollen 90% der Schulabsolventen nach ihrer Ausbildung eine Anschlusslösung haben. Das heisst, man geht davon aus, 10% werden nicht in der Lage sein, einen erfolgreichen Weg in die Berufswelt zu finden.

Und es ist tatsächlich so, dass es nicht eine Willensfrage ist. Ich erlebe dies tagtäglich. Es ist nicht eine Willensfrage, es ist eine Frage der Voraussetzung. Wir haben viele Lernende, aktuell 52 neue Schulklassen, das heisst über 1'000 Lernende und wissen heute schon, dass ein Teil dieser Lernenden die Ausbildung abbrechen wird. Und zwar frühzeitig. Nicht, weil sie nicht wollen, sondern weil sie nicht können. Sie bringen die Voraussetzungen nicht mit. Es ist nicht einfach eine Willensfrage.

Das Zweite ist, dass wir heute Rahmenbedingungen haben, die vor allem den vorhandenen Willen nicht goutieren beziehungsweise berücksichtigen, weil sie die Voraussetzungen höher bewerten. Und das heisst, die Betriebe sind nicht bereit, auch Lernende in eine Berufsausbildung aufzunehmen, die nicht alle Bedingungen erfüllen. Da muss man aufpassen, was man sagt. Ich finde, wir dürfen nicht pauschalisieren.

Deshalb finde ich es besonders seltsam jetzt, wenn wir - Iren Eichenberger hat es schon gesagt - den gleichen Weg einschlagen, nur weil der Kanton dies auch macht. Damit habe ich Mühe, vor allem dann, wenn es dann das einzige Argument ist. Ich finde das bedenklich. Ob sie den Betrag haben oder nicht, ist nicht matchentscheidend, hat aber symbolisch eine sehr hohe Wirkkraft. Und es geht auch darum, dass man ihnen aufzeigt: "Ihr seid auch etwas wert", auch wenn es nur ein paar Franken sind. Es täte unserer Stadt gut, wenn wir als Vorbild vorangehen würden, zumal wir auch das Zentrum sind, in dem die Lernenden am BBZ ausgebildet werden."

Walter Hotz (SVP)**Votum**

"Zuerst möchte ich mich bei René Schmidt bedanken, der das Paket Sozialhilfe klar aufgezeigt hat. Darüber steht nichts in der Begründung des Postulats. Dann haben wir erschöpfende Abhandlungen über das anspruchsvolle Thema Sozialhilfe von Bea Will, Urs Tanner, Iren Eichenberger und von Christoph Schlatter gehört. Es wäre einmal interessant zu hören, was für Sie, die sich gerne persönlich als sozial bezeichnen, verstehen unter:

1. Was heisst für Sie sozial?
2. Was heisst für Sie Verantwortung?
3. Was heisst für Sie soziale Verantwortung?
4. Was soll der Staat?
5. Was soll der Staat nicht?

Was nützt es, wenn Sie, Urs Tanner, uns sagen, Sie müssen eineinhalb Monate arbeiten, bis Sie die Steuern bezahlt haben. Das interessiert doch niemanden. Oder dass Sie auf das Sitzungsgeld verzichten würden. Das interessiert auch niemanden. Auf diese Fragen habe ich noch nie von jemandem aus Ihren Reihen eine Antwort erhalten. Sie bezeichnen sich am liebsten als sozial dann, wenn damit keine

persönlichen Opfer verbunden sind und auf andere verwiesen werden kann, die sozialer sein müssten, damit die Welt dann sozialer wäre. Vor allem Ihre politische Ausrichtung baut auf diese Spielart, dass alles durch den Staat verordnet werden müsse. Ihr Verhaltensmuster "je sozialistischer, desto sozialer" hinterfragen und überprüfen Sie nie. Sie verwenden das Wort Sozialhilfe ganz allgemein und meinen damit, dass die Reichen für alles gerade stehen müssen. Für Sie ist die Institution Staat eine Geldfrage. Wer nimmt und gibt wem wieviel - und vor allem wie. Sie wollen den von Ihnen angestrebten Wohlfahrtsstaat nun auch noch verwirtschaftlichen. Aber gleichzeitig verteufeln Sie den Wirtschaftsstaat. Ich denke an die Initiative vor wenigen Monaten: "Keine Steuergeschenke an Grossaktionäre". Ich werde nie vergessen, wie Sie von der SP argumentiert haben. "

SR Simon Stocker**Stellungnahme**

"Ich habe befürchtet, dass es eine sozialpolitische Debatte über diesen kleinen Betrag geben wird. Ich glaube, dies ist gar nicht nötig. Es gibt zwei Haltungen, eine im Stadtrat und eine im Grossen Stadtrat - und darüber kann man streiten.

Ich glaube nicht, dass es eine Ideologie-Frage ist, weil wir uns darüber einig sind, dass Sozialhilfe bezogen wird, ein Anrecht auf Sozialhilfe besteht und es ganz viele Schicksale gibt, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Und diese Leute kommen aus allen politischen Spektren. Es ist das gute Recht von beiden Seiten, sich entsprechend politisch zu äussern.

Es wurde der Vorwurf gemacht, die Stadt setze sich gegenüber anderen Gemeinden nicht durch. Ich möchte Ihnen nochmals den Mechanismus der Sozialhilfe erläutern. Wir haben uns im Kanton geeinigt, dass der Kanton - und dies hat der Regierungsrat beschlossen - Richtlinien vorgibt. Diese werden jeweils an einer Sitzung im Herbst, an der so genannten Sozialreferenten-Tagung, besprochen. Man hat sich freiwillig darauf geeinigt, dass sich alle Gemeinden an diese Richtlinien halten, da es sonst durchaus passieren könnte, dass wir 26 unterschiedliche Systeme haben. Hinzu kommt, dass sich der Kanton mit einem Viertel an der Sozialhilfe beteiligt. Stellen Sie sich vor, der Kanton müsste mit 26 verschiedenen Mechanismen mit den Gemeinden abrechnen. Und für alle Ausnahmen müsste er separate Rechnungen stellen und diese separat abrechnen, auch für die Stadt. Sie sehen, dass auch eine gewisse Bürokratie entstehen würde, die weder dem Kanton noch der Stadt nützlich wäre.

Aber auch das ist nicht das federführende Argument, sondern wir, 26 Gemeinden, wollen uns mit dem Kanton zusammen an einheitliche Richtlinien halten und keinen Wettbewerb in der Sozialhilfe entstehen lassen. Deshalb geht es auch nicht darum, dass die Stadt sich gegenüber anderen Gemeinden nicht durchgesetzt hätte, sondern dieses freiwillige "sich daran Halten" ist sinnvoll, und das ist die Grundlage der Haltung des Stadtrats in dieser Frage."

Bea Will (AL)**Schlusswort**

Verzichtet auf ein Schlusswort, da die Meinungen gemacht seien.

Schlussabstimmung

Das Postulat Manuela Bühler vom 6. Dezember 2016: SKOS-Richtlinien einhalten bei der Sozialhilfe wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 19:13 Stimmen nicht überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 3 Postulat Urs Tanner vom 21. März 2017:
Umstellung auf Elektrofahrzeuge ab 2020:
Bei Neuanschaffungen von Personenwagen und Bussen im
Besitz der Stadt Schaffhausen dürfen ab 2020 nur noch
elektrobetriebene Fahrzeuge gekauft werden**

Urs Tanner (SP)

Begründung Traktandum 3

”Diego Faccani, Sie werden schnell sehen, dass es aus ökonomischen Gründen Sinn macht, dass Traktandum 3 und 4 zusammen genommen werden.

Die Umstellung auf Elektrofahrzeuge ab 2020, die Personenwagen und Busse betreffen soll, wurde vor 2 Wochen mit Ihrer Zustimmung zur Vorlage “Strategie- und Planungskreditvorlage Traktionen VBSH (Nächste Generation Trolleybus)” implizit angenommen. Da war der Stadtrat einmal schneller als die SP, als die sozialistische langsame SP. Das war 90% meines Vorstosses. Ich war natürlich entsetzt und enttäuscht. Und für die restlichen 10%, die elektrobetriebenen Personenwagen, braucht es sicher kein Postulat, sonst hätte mir sicher Walter Hotz eine kurze Vorlesung gehalten, die sogar auch ich verstanden hätte. Die Umstellung der Personenwagen ist wohl eine Sache der Vernunft, auch diese schrittweise einzuführen. Die Schweizerische Post und lokal die Schazmo zeigen, wie das geht. Und auch das Benzin-Töffli von Beat Brunner werden wir wahrscheinlich noch auf Elektromobilität umstellen. Ich bezahle gerne auch einen Batzen daran.

Ausserdem kennen wir die stadträtlichen Legislaturziele, die von einem städtischen Gesamtverkehrskonzept als gesamtheitliche Mobilitätsplanung sprechen. Von da her ist es ja wohl logisch, dass dieser Vorstoss in eine Interpellation umgewandelt wird. Man kann das ins Altpapier tun. Die Diskussion darüber führen wir nächstes Jahr, wenn die Vorlage kommt. Zurzeit ist eine Debatte logischerweise überflüssig. “

Urs Tanner (SP)

Begründung Traktandum 4

”Die Förderung der Elektromobilität ist nicht so einfach. Hier bin ich auch nicht wirklich lang, denn länglich bin ich wirklich selten. Aber auch hier kann ich Ihnen von Anfang an sagen, was Sache ist. Hier wird nämlich nichts umgewandelt, diesen Passus können Sie in Ihrer Rede streichen. Wir bleiben ganz bestimmt beim Postulat, weil wir die Stadt Schaffhausen arg im Hintertreffen sehen.

Grundsätzlich geht es mich und die SP, die Kollegen von der linken Seite und die Grünen überhaupt nichts an, wie Sie sich fortbewegen. Der liberale Rechtsstaat, zu dem wir alle stehen, ob rechts oder links, soll Ihnen nicht vorschreiben, ob Sie mit einem Uralt-Benziner oder mit einem Velo fahren, allenfalls mit überhaupt nichts, oder barfuss herumlaufen. Allerdings macht eine saubere Mobilität in meinen Augen mehr Freude, und darum soll man diese fördern und Anreize schaffen. Keine Verbote, keine Todesstrafe, sondern fördern und Anreize schaffen. Auch dieser Vorstoss ist für mich eigentlich eine logische Fortsetzung der Vorlage des Stadtrats von vor zwei Wochen.

Norwegen, Holland, Österreich, Indien – immer mehr Länder verfolgen Pläne, bald nur noch neue Fahrzeuge mit Elektroantrieb zuzulassen. Auch in der Schweiz ist eine Initiative auf Bundesebene daran, dies zu prüfen, was wahrscheinlich auch Sinn macht, und diese Diskussion zu führen. Hier noch einige Zahlen, mit denen ich Sie belästige und die Sie wahrscheinlich schon kennen: Im letzten Jahr hatten wir in der Schweiz 4’524’029 Personenwagen – so viel wie noch nie. Im Jahr 2010 waren es

noch 4'075'825, 1990 erst 2'985'397. Das bedeutet: Die Anzahl der Personenautos stieg um rund 50%. Auch das ist in einem liberalen Staat egal - man darf auch 10 Mio. Personenwagen haben. Das geht tatsächlich niemanden etwas an.

Erinnern Sie sich noch an das Twike? Eine Seifenkiste für etwa CHF 20'000.-- bis CHF 30'000.--. Ein schon damals absurd hoher Preis. Vielleicht erinnern Sie sich - Gerold Bühler fuhr in diesem Twike herum. Es hat noch ein paar historische, die unterwegs sind. Das war damals futuristisch, man fand es toll, aber es war ein Witz und hat sich tatsächlich gar nie durchgesetzt. Ich habe meinen kleinen Sohn gezwungen, mit mir einen Tag herumzufahren. Es war super teuer. Aber auch dies interessiert Walter Hotz nicht. Darum bringe ich es wieder auf den Punkt. Dieses Birkenstockimage ist Geschichte. Die Bike-Seifenkiste, was auch immer, ist wirklich Vergangenheit. Wenn ich die NZZ anschau, ist heute in der Schweiz - kein Wunder - das meistverkaufte Auto der Tesla, gefolgt vom BMW i3, dem Renault Zoë und dem Nissan, dann kommt der Mercedes, der Kia Soul, der Volkswagen, der Smart und der Mitsubishi.

Es ist also nicht irgendetwas Komisches oder Exotisches, das hier unterwegs ist. Wahrscheinlich haben Sie alle schon einmal mit einem Tesla geliebäugelt. Wir haben aber nicht ein so gutes Einkommen wie Bundesrätin Doris Leuthard. Aber auch SH Power hat ganz schöne Fahrzeuge gezeigt. Das ist heute etwas absolut Modernes.

Vielleicht kennen Sie diese Zahl weniger, und damit komme ich zum Schluss und lasse Sie diskutieren. Wir haben diese 4,5 Millionen Personenwagen im Hinterkopf. Heute haben wir tatsächlich 7'530 Elektropersonenwagen in der Schweiz. Eine absolut lächerliche Zahl. Bei den Hybridfahrzeugen sind wir immerhin auf knapp 63'000 Fahrzeugen. Wissen Sie, wie viel Prozent das sind? Ich habe es ausgerechnet, es sind 0,18%, also absolut lächerlich. Hier dürfen wir uns tatsächlich noch steigern.

Ich bringe jetzt nicht die ganze Klimaerwärmung und "Das gibt es nicht" sowie Eisbären und Bondo. Aber es hat einen Zusammenhang. Symbolisch etwas anzuschieben, eine moderne Antriebsvariante zu fordern, könnte man über die städtische Verordnung "Parkgebühren" regeln, die wahrscheinlich sowieso bald in Revision kommen muss. Ich weiss nicht, ob Sie wissen, wie viele Strom-Tankstellen es in der Stadt Schaffhausen hat. Ich weiss nicht, ob jemand von Ihnen ein Elektroauto besitzt. Ich habe ja leider gar nichts. Es sind 9 Stück. Auch hier können wir uns tatsächlich noch steigern.

Ich bitte Sie, in Erweiterung Ihres Beschlusses von vor zwei Wochen, dass Sie der Elektromobilität in der allgemeinen Formulierung mit gratis Parkplätzen und einer Anzahl von Ladestellen - es ist ja keine Zahl festgeschrieben - zustimmen. Es ist nicht ein revolutionärer Schritt. Das war die Vorlage des Stadtrats mit den Bussen, die ging doch einiges weiter.

Ich danke Ihnen für einen interessanten Diskurs der Traktanden 3 und 4."

Stadtpräsident Peter Neukomm

Stellungnahme zu Traktandum 3

"Der Stadtrat ist sich nicht an so viel vorauseilenden Gehorsam gewohnt. Aber wir nehmen es sportlich. Ich werde die Antwort auf das ursprüngliche Postulat "Umstellen auf Elektrofahrzeuge ab 2020" abhandeln, meine Stadtratskollegin Dr. Kathrin Bernath das zweite Postulat, das der Postulant nicht umwandeln will.

Die Kernverwaltung der Stadt Schaffhausen verfügt über insgesamt 36

Personenwagen, was einem Anteil von 25% am gesamten Fuhrpark des städtischen Verwaltungsbetriebs entspricht. Daneben stehen zahlreiche Last- und Lieferwagen sowie Arbeitsmotorwagen und landwirtschaftliche Fahrzeuge im Einsatz, etwa bei Grün Schaffhausen oder bei der Feuerwehr.

SH Power besitzt insgesamt 82 Fahrzeuge, wovon 44% Personenwagen, 48% Lieferwagen und 8% Last- und Arbeitsmotorwagen sind. Im Gegensatz zu den Fahrzeugen der städtischen Kernverwaltung ist der grösste Teil mit Gas- und Hybridmotoren ausgestattet. Bereits wurde bei ersten Ersatzbeschaffungen auf Elektrofahrzeuge umgestellt.

Die Verkehrsbetriebe Schaffhausen verfügen über 41 Fahrzeuge, davon 7 Trolleybusse. Speziell an diesen Fahrzeugen ist, dass sie quasi im Dauerbetrieb stehen, weshalb die Wahl der Antriebsart der VBSH-Busse aus ökologischer Sicht besonders ins Gewicht fällt.

Am 2. Mai 2017, der Postulant hat es erwähnt, hat der Stadtrat eine Vorlage mit dem Titel "Strategie und Planungskreditvorlage Traktionsarten der VBSH (Nächste Generation Trolleybus)" verabschiedet, mittels welcher die Verkehrsbetriebe ab 2020 schrittweise die ganze Flotte auf Elektrobusse umstellen möchten. Dieser Prozess soll 2027 abgeschlossen werden. Der Grosse Stadtrat, auch das wurde vom Postulant erwähnt, hat diesem Vorgehen in seiner Sitzung vom 22. August 2017 mit 33:1 Stimmen zugestimmt und den Stadtrat beauftragt, die Ausschreibung zu den in der Vorlage genannten Eckwerten vorzunehmen sowie dem Grossen Stadtrat eine Investitionskreditvorlage zu unterbreiten. Gleichzeitig bewilligte das Stadtparlament einen Planungskredit von CHF 630'000.-- zu Lasten der Investitionsrechnung der VBSH zur professionellen Vorbereitung und Begleitung der Ausschreibung sowie zur Planung der Infrastrukturarbeiten. Der Postulant hat schon Stellung bezogen und in diesem Punkt seinen Vorstoss als Makulatur bezeichnet. Ich möchte nicht so weit gehen, es war gut gemeint. Aber wie gesagt, da waren wir etwas schneller als er.

Bereits in der Antwort zur Kleinen Anfrage von Manuela Bühler "Nachhaltige öffentliche Beschaffung Stadt Schaffhausen (Nr. 27/2016)" hat der Stadtrat angekündigt, Instrumente für ein ökologisches, wirtschaftliches und sozial nachhaltiges Beschaffungswesen zu implementieren. Auf dieses Postulat bezogen heisst das, dass die städtische Fahrzeugbeschaffung künftig im Rahmen eines Beschaffungshandbuches abgehandelt wird, das zurzeit ausgearbeitet wird. Zu beachten ist, dass aktuell nicht für alle Nutzfahrzeugkategorien Elektrofahrzeuge mit den erforderlichen technischen Spezifikationen erhältlich sind. Einzelne Kategorien sind (noch) nicht wirtschaftlich. Das Beschaffungshandbuch soll regelmässig überprüft und aufgrund von Produktentwicklungen angepasst werden. Die Entwicklung bei der Motoren- und Antriebstechnik wird auch in Zukunft nicht stehen bleiben.

Mit der geplanten Umstellung der Flotte der Verkehrsbetriebe auf Elektrobusse sowie mit der Ausarbeitung des Beschaffungshandbuches hat der Stadtrat die notwendigen Schritte eingeleitet und ist in der im Postulat geforderte Richtung unterwegs. Er hätte Ihnen, auch wenn es der Postulant nicht selbst gemerkt hätte, empfohlen, das Postulat in eine Interpellation umzuwandeln. "

Walter Hotz (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

"Von Urs Tanner sind wir uns ja einiges gewohnt. Vor allem auch unsinnige Vorstösse, die er einreicht und kurz vor der Behandlung von einem Postulat in eine Interpellation

umwandelt. Auch hier stellt sich einmal mehr die Frage: Wer kann die städtischen Verwaltungsangestellten vor der sozialdemokratischen Partei der Stadt Schaffhausen retten? Nur die SVP/JSVP/EDU-Fraktion. Urs Tanner, Sie kommen mir vor wie ein Abendlandretter. In dieser Interpellation fehlt tatsächlich die Wahrhaftigkeit. Ihre Begründungen zu diesem Vorstoss sind eine schwer verständliche Mischung aus hergezogenen Details und Schwammigkeit in den Formulierungen.

Muss die städtische Verwaltung ihren Fahrzeugpark ab 2020 auf Elektrofahrzeuge umstellen, weil sie sauberer als Diesel und Benziner sind? Das hängt doch massgeblich davon ab, wie umweltfreundlich der Strom erzeugt wird, mit dem die Akkus geladen werden. Sie erwähnen in der Interpellation, die Chinesen machen es vor. Elektroautos in China sind doch nicht umweltfreundlich, weil dort überwiegend der Strom in Kohlekraftwerken erzeugt wird. Das bedeutet doch, dass Elektroautos nicht per se umweltfreundlich sind. Elektroautos haben nämlich immer noch grosse Schwächen. Das ist zunächst die geringe Reichweite auf Grund der begrenzten Leistungsfähigkeit der Akkus. Mit einer geringen Batterieladung fährt ein Wagen deutlich weniger als 300 Kilometer, ein Auto mit Verbrennungsmotor kommt mit einer Tankfüllung mehr als drei Mal so weit. Elektroautos sind wegen der hohen Betriebskosten ausserdem deutlich teurer. Was einem abschrecken sollte, ein Elektrofahrzeug anzuschaffen, sind auch die fehlenden Lademöglichkeiten. Diese fehlen einfach zurzeit noch. Es gäbe noch sehr viele Argumente, um aufzuzeigen, dass diese lächerliche Interpellation ein Irrsinn ist. Ich gebe gerne zu, irren ist menschlich, aber immer irren, ist offenbar sozialdemokratisch.

Wir von der SVP/JSVP/EDU-Fraktion haben zu unbequemen Wahrheiten ein einfaches Verhältnis: Wir sprechen sie aus. Damit hören Sie, was viele von Ihnen nicht unbedingt hören wollen: Diese Interpellation ist unnötig und schießt völlig am Ziel vorbei."

Simon Sepan (AL)

AL-Fraktionserklärung

"Ich konzentriere mich auf die Zusammenfassungen der AL-Fraktionserklärung zu den zwei Postulaten von Urs Tanner. Ich werde mich nicht mehr zu seiner Interpellation zur Umstellung auf Elektrofahrzeuge äussern.

Da wir jetzt aber über die Interpellation sprechen, werde ich mich später zum Postulat äussern."

Diego Faccani (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Ich sage doch noch was. Die Umwandlung wundert mich nicht. Denn dies ist ja auch kein eigentlicher Prüfungsauftrag, den Urs Tanner einreichte, sondern gleich die Aufforderung an den Stadtrat, bei zukünftigen Beschaffungen nur Elektrofahrzeuge zu kaufen. Aber wie Sie sehen, zeigt sich auch beim nächsten noch zu verhandelnden Postulat wie krampfhaft die SP auf den solarbetriebenen Zug der Ökothemen aufspringen will, aber dabei ständig das Trittbrett verpasst.

Diese Interpellation respektive das Postulat oder Interpellation von Urs Tanner ist wieder einmal ein Schönwettervorstoss, der vermutlich nach dem dritten Glas Bier innert fünf Minuten zu Papier gebracht wurde und uns in diesem Saal länger beschäftigt, als es zum Trinken der drei Biere brauchte.

Auch in dieser Interpellation werden wie bei der 50:50-Initiative, über die wir ja noch

Ende September abstimmen werden, die zukünftig technischen Möglichkeiten einfach ausgeblendet. Das Elektrofahrzeug ist heute auch nicht nur der Saubermann. Herstellung und Entsorgung der Batterien werden uns noch vor grosse Herausforderungen stellen. Gerade gestern wurde in der SN beschrieben, wie, wo und unter welchen Umständen Kobalt und Lithium für die Batterien abgebaut werden. Natürlich, im Vergleich zu den heutigen Verbrennungsmotoren, die fossile oder biogene Brennstoffe benötigen, müssen wir bei der Ökobilanz nicht streiten. Es muss der Stadtregierung aber offengelassen bleiben, wie sie die Fahrzeugflotte umbauen will. Es gibt nicht für jedes Fahrzeug den geeigneten Elektromotor. Denken wir nur an die Spezialfahrzeuge bei der Feuerwehr.

Den Fokus aber auf nur eine Antriebsart zu legen, ist nicht sehr weitsichtig, Urs Tanner. Da habe ich von Ihnen anderes erwartet. Es ist schon fast engstirnig. Nur schon die mögliche Anschaffung von Fahrzeugen mit Wasserstoffantrieb oder Brennstoffzelle wird hiermit ausgeschlossen. Aber was wissen wir heute, was in Zukunft noch alles kommt? Das Elektromobil ist sicher nicht der letzte Schluss, aber im Moment wahnsinnig modern und gehört nebst dem veganen Wasser zum Lifestyle.

Dass die Chinesen es besser machen wie wir, hat mir nicht nur ein Schmunzeln ins Gesicht gezaubert, es hat für einen guten Lacher gesorgt. Gut, die kommunistische Regierung des Reiches der Mitte will zukünftig nur noch elektrisch betriebene Fahrzeuge auf die Strasse bringen, das sei so, und es ist auch nötig. Aber es ist nur ein Tropfen auf den heissen Stein ihrer Umweltprobleme."

Georg Merz (ÖBS)

ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

"Unsere Fraktion hat das Postulat, das jetzt in eine Interpellation umgewandelt wurde, diskutiert und unterstützt die Ziele des Postulanten.

Auch uns stört jedoch die absolute Forderung, ab 2020 ausschliesslich elektrisch betriebene Fahrzeuge anschaffen zu dürfen. Die Interpellation erlaubt nun, zu "vorwiegend elektrische Fahrzeuge anzuschaffen" überzugehen. Und wir glauben, dass die zuständigen Stellen in der Feuerwehr, im Bereich Grün und so weiter sich überlegen werden, was ökologisch und ökonomisch Sinn macht und die richtige Entscheidung treffen.

Wir sind glücklich, dass das Postulat in eine Interpellation umgewandelt wurde."

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft, die Interpellation ist somit behandelt.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 4 Postulat Urs Tanner vom 21. März 2017:
Förderung der Elektromobilität, Bereitstellung von
Gratisparkplätzen für Elektropersonenwagen, Erstellung
von Ladestellen, allgemeine Förderung von
Elektropersonenwagen und Elektrofahrzeugen**

SR Dr. Katrin Bernath

Stellungnahme Stadtrat

„Zuerst ein paar einleitende Bemerkungen: Der Stadtrat hat die verstärkte Nutzung der Chancen der Elektromobilität in den städtischen Legislaturzielen 2017-2020 festgehalten. Denn die Vorteile der Elektromobilität sind vielfältig: Elektrofahrzeuge sind abgasfrei, klimaschonend und lärmarm. Sie weisen eine hohe Energieeffizienz im Betrieb auf, und es besteht die Möglichkeit, auch im Individualverkehr erneuerbare Energieträger aus lokalen Quellen zu nutzen.

Auch für die Region Schaffhausen bietet die Elektromobilität grosse Chancen für den Weg in eine nachhaltige Zukunft. Ein grosser Vorteil im städtischen Einsatz ist wie bereits erwähnt, die Reduktion von Luftschadstoffen und Lärm.

Eine Einschätzung der Klima-Allianz Schweiz kommt zum Schluss, dass die Umstellung auf Elektromobilität Voraussetzung ist, damit die internationalen Klimaziele des Pariser Abkommens umgesetzt werden können. Die Auto-Umweltliste des VCS belegt, dass Elektrofahrzeuge insgesamt deutlich besser als vergleichbare Benzin-, Erdgas- oder Dieselfahrzeuge abschneiden, etwa hinsichtlich Emissionen, Unterhalt, Lärmbelastung und Energieeffizienz. Auch die Entwicklungen am Fahrzeugmarkt zeigen, dass die Elektromobilität zunehmend an Bedeutung gewinnt. Das Angebot an Elektrofahrzeugen nimmt laufend zu und umfasst sowohl Personenwagen als auch Elektroroller und -velos.

Natürlich ist die Elektromobilität nicht frei von Nachteilen: Der Bodenverbrauch für Parkplätze und Strassen ist gleich wie bei einem konventionell betriebenen Fahrzeug, und gerade in Städten ist dieser Platzverbrauch oft ein Problem. Massentransportmittel weisen gegenüber Autos deutliche Vorteile auf. Der Strassenunterhalt ist ebenso unabhängig von der Antriebsart. Bei der Umweltbilanz fallen die graue Energie und Verluste bei der Speicherung negativ ins Gewicht. Für eine positive Gesamtbilanz ist wichtig, dass der Strom aus erneuerbaren Quellen stammt. Aus Sicht der Nutzenden kann die begrenzte Reichweite von Elektrofahrzeugen ein Nachteil sein, und dass die Elektrofahrzeuge leise sind, kann ein Sicherheitsproblem darstellen. Diese Risiken und Nachteile sind bei zukünftigen Massnahmen zu berücksichtigen.

Die Stadt Schaffhausen ist gefordert, die Verbreitung der Elektromobilität aktiv mitzugestalten. Generell lassen sich die Aufgaben von Städten zu vier Handlungsfeldern zusammenfassen:

1. Setzen von Rahmenbedingungen: Zielvorgaben, Finanzierung, rechtliche Aspekte
2. Öffentliche Infrastrukturen wie Parkplätze, Ladeinfrastruktur, Integration in Elektronetze, Stromproduktion
3. Information und Kooperation: Organisation von Ausstellungen, Sensibilisierung, Pilotprojekte
4. Vorbildfunktion: Fahrzeugbeschaffung und Flottenmanagement sowie Impulse für private Aktivitäten

Zur Umsetzung des Legislaturziels zur Elektromobilität will der Stadtrat Grundsätze

und Massnahmen zu diesen vier Handlungsfeldern erarbeiten. In diesem Sinne ist der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Das bedeutet aber nicht, dass der Stadtrat alle im Postulat genannten Punkte unterstützt. Dazu folgende erste Einschätzung zu einzelnen Massnahmen:

Zur finanziellen Förderung von Elektropersonenwagen und Elektrofahrrädern: Die aktuellen Entwicklungen in der Automobilindustrie weisen darauf hin, dass der Durchbruch von Elektroautos auch ohne spezifische staatliche Fahrzeugförderung stattfinden wird. Er wird getrieben durch die verbesserte Reichweite und die spezifisch günstigeren Batterien sowie durch ein erhöhtes Angebot an Fahrzeugtypen. Eine generelle finanzielle Förderung für den Kauf von Elektroautos erachtet der Stadtrat deshalb als unnötig.

Zur Erstellung von Ladestellen: Eine Voraussetzung für die Verbreitung der Elektromobilität ist eine entsprechende Ladeinfrastruktur. Es ist davon auszugehen, dass die Fahrzeuge hauptsächlich zuhause oder bei der Arbeit geladen werden. Eine Nachfrage nach Ladestationen besteht aber auch auf öffentlichen Raum, zum Beispiel auf Parkplätzen, in Parkhäusern und Tiefgaragen.

Während der Kauf der Elektroautos gemäss Einschätzung des Stadtrates ohne staatliche Hilfe stattfinden dürfte, sieht es beim Thema Ladeinfrastruktur anders aus. Deshalb ist der Ausbau der öffentlichen Ladestellen der Stadt ein wichtiges Anliegen. So wurden im Jahr 2017 die öffentlichen Ladestationen um drei Ladesäulen an der Vordergasse/Kirchhofplatz und drei Ladestationen am Kraftwerk erweitert. Geplant sind für 2017 weitere drei Ladestationen bei der KSS. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur wird ein zentrales Thema der Grundsätze und Massnahmen sein, die in den kommenden Monaten erarbeitet werden.

Zur Bereitstellung von Gratisparkplätzen für Elektropersonenwagen: Der Stadtrat sieht davon ab, Parkplätze für Elektroautos gratis anzubieten, dies würde andere Antriebsarten diskriminieren. Ein Vergleich mit anderen Städten zeigt, dass Parkplätze in bester Lage immer kostenpflichtig sind. Allerdings hat die Stadt die maximale Nutzungsdauer der Ladeparkplätze von zwei auf maximal vier Stunden erhöht, damit Fahrzeuge komplett geladen werden können.

Eine indirekte Förderung erfolgt durch Information und Sensibilisierung: Die Öffentlichkeitsarbeit zur Elektromobilität wird durch den Stadtökologen und den Energiepunkt bereits heute gemeinsam mit den lokalen Garagisten durchgeführt, die Elektroautos anbieten. Durch Probefahren sollen Interessierte die Vorteile der Elektrofahrzeuge erleben können. Solche Anlässe haben beispielsweise am 10. Juni 2017 auf dem Herrenacker und am 20. August 2017 beim Kraftwerk Schaffhausen stattgefunden. Neben Autos wurden übrigens auch Fahrräder und Motorfahrräder angeboten. Diese haben gerade im Stadtverkehr ein grosses Potential.

Zum abschliessenden Fazit: Die Elektromobilität wird in den kommenden Jahren zunehmen und die Stadt will und muss sich darauf einstellen. So stösst das Postulat auf offene Ohren und Türen. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen und dem Grossen Stadtrat einen Bericht zu Grundsätzen und Massnahmen zur Elektromobilität vorzulegen. “

Hermann Schlatter (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

"Ich kann Ihnen die Fraktionserklärung der SVP/JSVP/EDU-Fraktion vortragen.

Unsere Fraktion steht Subventionen grundsätzlich skeptisch gegenüber. In der freien Marktwirtschaft setzt sich eine neue Technologie am Markt dann durch, wenn sie zukunftsweisend, gut und bezahlbar ist. Und das auch ohne Subventionen.

Aber offenbar fehlt dem Postulanten der Glaube, dass die Technologie gut ist, um sich von alleine durchzusetzen. Mit Parkplätzen für Elektroautos könnten wir uns noch anfreunden, dies aber nur, wenn diese zusätzlich zu den bestehenden Parkplätzen geschaffen werden. Dies würde sich auch gut für die Schaffhauser Altstadtgeschäfte auswirken.

Wie man in der Presse lesen konnte, wird SH Power in der Stadt Parkplätze mit einer Strombezugsquelle schaffen. Ergo gilt diese Forderung als erfüllt. Wir haben es vorhin von der Baureferentin gehört, dass noch weitere geplant sind. Ich hätte es als VK-Mitglied angebracht gefunden, wenn ich dies anlässlich einer VK-Sitzung erfahren hätte. Urs Tanner wäre auch dabei gewesen, und allenfalls hätte er diese Forderung gegenüber der Stadt nicht gestellt, und wir hätten es nicht aus der Presse entnehmen müssen.

An jene, die jetzt der Meinung sind, der Vorstoss soll überwiesen werden, damit der Stadtrat die Massnahmen in einem Bericht darlegen könne, sage ich gerne, bitte lesen Sie nochmals den Postulatstext durch. Er enthält Extremforderungen wie Subventionen, Gratisparkplätze (erfüllt) und die Forderung nach einer allgemeinen Förderung von Elektropersonenwagen und Elektrofahrrädern. Das braucht es nicht. Schon heute können Konsumenten, wie zum Beispiel ich, selber in Elektrofahrzeuge investieren.

Es wäre interessant zu erfahren, wie viele von den anwesenden Ratsmitgliedern, die nachher das Postulat unterstützen, selbst bereit sind zu investieren. Ich kann Ihnen sagen, ein Elektrofahrzeug ist heute noch etwas teurer als ein normaler Benziner. Zugegeben, es ist kein reines Elektrofahrzeug, es ist ein Chevrolet Volt. Wir kommen 100 km weit, nachher brauchen wir für weitere 100 km drei Liter Benzin. Der Chevrolet Volt ist kein Hybrid, sondern er hat ein Aggregat, das Strom erzeugt.

Ich habe gesagt, es liegt an jedem hier im Saal, dass er selbst investiert. Wenn ich meinen Bruder frage, der eine Garage hat und am Schweizerischen Tag auf dem Herrenacker, der vorgängig zum SH Power-Tag stattfand, Elektrofahrzeuge ausgestellt hat, sagt er, die Resonanz bei den Kunden sei sehr bescheiden. Er habe sich umgehört bei den Kollegen, die Resonanz sei sozusagen nicht vorhanden. Es ist einfach die Technologie mit einer Batterie, bei der man nicht weiss, ob sie hält oder nicht. Ich habe eine Garantie von sieben Jahren. Aber was sind sieben Jahre bei einem Fahrzeug, das CHF 50'000.- gekostet hat und schlussendlich die Batterie das Wichtigste ist.

Ich habe heute zufälligerweise erfahren, dass SH Power von der Parkhaus Herrenacker AG gefragt wurde, ob sie bereit wären, in den Parkhäusern in solche Parkplätze zu investieren. Ich denke, das wäre eine gute Sache. Ich finde es richtig, dass SH Power bei diesem Betrag für den Strom - das habe ich auch heute erfahren - nicht nur den Strom verrechnet, sondern auch die Parkplatzgebühr. Warum soll ein Elektrofahrzeug gratis parkieren können? Das ist eine Technologie wie jede andere, es gibt auch Gasfahrzeuge, die sauberer sind und trotzdem bezahlen. Und, wie mir Herr Pöhnert gesagt hat, wird nachher dieser Anteil vom Strompreis, der die Parkplatzgebühr enthält, schlussendlich an die Stadtkasse überwiesen.

Urs Tanner, Sie haben gesagt, man solle die Elektromobilität fördern. Ich meine, diese wird heute schon gefördert. Nur ist das eine schweizerische Förderung, wir bezahlen nämlich keinen Benzinanteil am eigentlichen "Sprit", weil beim reinen Elektroauto kein "Sprit" gebraucht wird. Es ist aber so, dass offensichtlich die eidgenössischen Räte demnächst darüber debattieren, ob man Elektrofahrzeuge mit einem Sonderbeitrag, man spricht von zwischen CHF 800.- bis 1'000.-- pro Jahr, belegen soll, dass schlussendlich auch die Stadt wieder in den Genuss von diesem Benzinanteil kommt. Es wäre dann ein Elektrofahrzeug-Anteil, um die Strassen zu unterhalten.

Ich glaube, Sie hören es aus meiner Begründung, dass sich unsere Fraktion nicht für den Vorstoss erwärmen kann. Insbesondere, weil Forderungen enthalten sind, bei denen wir ganz klar der Meinung sind, es sei nicht die Aufgabe der Stadt, Subventionen für Fahrzeuge von Privaten zu sprechen. Ich verstehe schon nicht, warum die EKS Roller mit CHF 500.-- fördert. Es ist doch nicht Aufgabe eines staatlichen Energieunternehmens, sondern unsere Fraktion ist der Meinung, der Markt soll spielen.

Und wenn dann die Technologie, wie Diego Faccani es erwähnt hat - abgesehen davon gibt es noch andere Technologien - tatsächlich marktreif ist und einigermaßen Preise hat, die das breite Volk bezahlen kann, sind wir überzeugt, dass die Leute auch gern umstellen.

Wir lehnen dieses Postulat geschlossen ab."

Nicole Herren (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Wenn ein Postulat aus 17 Zeilen besteht und davon zehn Zeilen drei Mal den gleichen Wortlaut haben, ist vermutlich der Ausdruck "copy paste" gerechtfertigt. Ich habe mir die Zeit genommen, ein paar Zeilen mehr zu schreiben. Ich bin ja nicht bekannt dafür, dass ich lange Manuskripte schreibe und werde mich bemühen, nicht drei Mal das Gleiche zu sagen.

Die Förderung von Elektromobilität ist ja im Moment in aller Munde, auch wenn noch nicht klar ist, woher der "Pfuus" und die dazugehörenden Batterien dann einmal kommen sollen.

In seinem Postulat fordert Urs Tanner, es seien Gratisparkplätze zur Verfügung zu stellen und Ladestationen zu erstellen. Die Frage stellt sich für mich, wo denn die Gratisparkplätze sein sollen. Eventuell auf dem Herrenacker?

Ich bin der Meinung, dass es noch einige Zeit brauchen wird, bis mehrheitlich E-Autos in Betrieb sein werden. Nicht jedermann kann sich ein neues Auto leisten, geschweige denn ein Elektroauto. Es wird auch so sein, dass bei den "Benzinern" Fortschritte gemacht werden, um diese umweltfreundlicher zu machen - zu erwähnen wäre da zum Beispiel Wasserstoff. Und ganz nebenbei: Zum motorisierten Verkehr gehören auch Motorräder, die ebenfalls mit Benzin fahren. Wie stellt sich Urs Tanner diese Kategorie vor?

Zudem weiss ich aus der aktuellen Situation "meines" anderen Parkhauses im Bahnhof, in der Bleiche, dass die Ladestationen praktisch gar nicht genutzt werden. Das Bedürfnis ist offensichtlich nicht vorhanden oder zumindest noch recht bescheiden. Die Ladestationen am Kirchhofplatz sind ebenfalls vor allem durch Fahrzeuge von SH Power belegt, ansonsten sind sie meist leer.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass es verschiedene Technologien zum Laden eines Elektroautos gibt. Sind denn die verschiedenen Systeme kompatibel? Können Ladestationen von allen Elektrofahrzeugen genutzt werden? Und die Forderungen im Postulat Tanner sind ja noch nicht zu Ende. Er möchte noch die "allgemeine Förderung von Elektropersonenwagen und Elektrofahrzeugen".

Wie sollen wir uns denn das vorstellen? Werden etwa Autos und Fahrräder von SH Power oder sogar der Stadt finanziell unterstützt? Wie die kontraproduktive Gratisabgabe damals von Duschköpfen zur Einsparung von Wasser. Im Nachhinein musste der Wasserzins drastisch erhöht werden, weil zu wenig Wasser durch die Leitungen geflossen ist. Und der Handel hat auch keine Duschköpfe mehr verkauft, da diese bereits verschenkt wurden.

Fördern wir doch zuerst die Umstellung bei der VBSH und bringen dieses Projekt unter Dach und Fach und widmen uns zu gegebener Zeit dem Individualverkehr.

Die FDP/JFSH-Fraktion wird das Postulat aus den obenerwähnten Gründen nicht unterstützen."

Simon Sepan (AL)

AL-Fraktionserklärung

"Ich werde mich jetzt also nur zum Postulat zur Förderung der Elektromobilität äussern. Aus Sicht der AL gibt es zu diesem Postulat wenig bis Positives zu sagen. Es soll den Stadtrat ganz grundsätzlich verpflichten, sich nach sinnvollen Möglichkeiten zur Förderung der Elektromobilität umzuschauen. Ein Thema, das im Jahr 2017 sicher in aller Munde ist, und die Stadt hat mit der geplanten Umstellung von motorisierten Bussen auf elektrobetriebene bereits einen Schritt in diese Richtung geplant. Und dieser Schritt ist ja bekanntlich bis auf wenige Ausnahmen beziehungsweise eine Ausnahme in diesem Parlament unumstritten.

Was ich an dieser Stelle sagen möchte, wenn sich jemand auf persönlicher Ebene für einen Kauf eines Elektrofahrzeuges entscheidet oder auch auf Elektromobilität mit Motorrollern oder Fahrrädern setzt, so ist dies heutzutage nicht mehr eine politische Haltung. Es sind nicht die langhaarigen Hippies, die mit irgendwelchen Teslas ins Tessin fahren. Oder auch die Flyer E-Bikes sind mittlerweile kein Ausdruck mehr von links-ideologischen Weltverbesserungstheorien.

Wir sollten das Thema nicht politisieren. Elektrofahrzeuge werden gekauft, weil es Sinn und Spass macht. Wer schon einmal in einem Tesla gesessen ist, kann dies sicher bestätigen. Und sogar ein Nissan Leaf - dieses kleine Auto - macht wirklich Spass. Wenn man neben einem getunten BMW an der Bachstrasse steht, ist man mit diesem Nissan an der nächsten Ampel bedeutend schneller, was für ziemlich verwirrte Köpfe sorgt. Zum Tesla ist zu sagen, dass Doris Leuthard einen fährt, und auch Roger Schawinski und sogar Harry Hasler. Das sollte Beweis genug sein, die Thematik etwas unpolemisch anzuschauen.

Ich sage nichts mehr und möchte auch sparsam sein, wie es Elektromotoren sind. Die AL wird diesem sinnvollen und richtigen Postulat einstimmig zustimmen beziehungsweise es überweisen."

Georg Merz (ÖBS)

ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

"Unsere Fraktion hat das Postulat zur Förderung der Elektromobilität diskutiert und

wird es mehrheitlich unterstützen.

Wir halten jegliche Förderung der Elektromobilität für sinnvoll. Wir denken dabei nicht mehr an finanzielle Beiträge der Stadt für deren Anschaffung, das war vor 10 Jahren noch richtig, aber heute nicht mehr notwendig, sondern sehen die Förderung in der Verbesserung der Rahmenbedingungen.

Dies könnten reservierte Parkplätze für Elektropersonenwagen sein, wobei die Parkplätze nicht gratis zu sein brauchen. Eine immer höhere Zahl als notwendig, würde durchaus einer Förderung entsprechen. Die Zahl der reservierten Parkplätze müsste natürlich jährlich der Zahl der eingelösten Elektroautos angepasst werden. Und die reservierten Parkplätze könnten auch mit Ladestationen ausgerüstet werden. Ebenfalls sollte vom Stadtrat überlegt werden, wie sparsame Hybridfahrzeuge und andere Technologien gefördert werden könnten.

Sehr grosses Potential sehen wir auch in der Förderung von E-Bikes. Auf einem E-Bike bewegt sich ein Mensch praktisch mühelos für Strecken bis 5 Kilometer und mit einem Bruchteil des Energieverbrauchs eines Elektroautos. Wieso? Ein E-Bike wiegt 20 kg, ein Elektroauto mindestens 1'000 kg. Die Bewegung des fahrbaren Untersatzes benötigt deshalb mindestens fünfzig Mal weniger Energie.

Für viel mehr E-Bikes sind jedoch sicherere Wege im Verkehr notwendig. Nun, für Velowege fehlt meist der Platz in den Städten. Die Lösung könnte sein, dass im dicht bewohnten Siedlungsgebiet ohne breite Velowege auf Gemeindestrassen die erlaubte Höchstgeschwindigkeit von generell 50 auf 30 km/h gesenkt würde und sich Velos und Autos die Fahrbahn gleichberechtigt teilen. Die Einrichtung der 30-er Zonen liegt ja in der Kompetenz der Gemeinden. Es befinden sich übrigens immer noch alle Massnahmen des Agglomerationsprogramms zu Gunsten der Fussgänger und Velofahrer in der Planungsphase.

Zusätzliche Abstellplätze und Parkhäuser für Bikes und E-Bikes werden notwendig werden. Auch diese Parkplätze müssten nicht gratis sein. Für einen Autoparkplatz in der Innenstadt werden heute ohne weiteres CHF 150.- bis CHF 300.- pro Monat bezahlt, wieso nicht CHF 20.-- für einen gedeckten Veloplatz? Eine Gebühr für Veloparkplätze in der Innenstadt würde auch die unschöne Situation verbessern, dass kaum bewegte Räder monatelang öffentliche Gratisplätze besetzen.

Es gäbe noch viele Fördermöglichkeiten, wie einsehbare Namenslisten und Prämien für Mitarbeiter, die auf konventionelle Fahrzeuge verzichten und so die Verpestung der Luft vermeiden (das wäre eine Gesundheitsförderung). Es wäre die Verbesserung der steuerlichen Aspekte möglich. Dies bedarf allerdings eines Vorstosses beim Kanton, was einer Gemeinde nicht unmöglich ist.

Unsere Fraktion wird das Postulat aus den genannten Gründen unterstützen."

Urs Tanner (SP)

Schlusswort

"Ich danke für die Diskussion und auch für Ihre Unterstützung oder Ablehnung. Einfach noch schnell - ich will keine Stasi-Listen für gutes oder schlechtes Benehmen.

Es geht nur um die Forderung des Postulats. Sie müssen jetzt nicht Kindergarten spielen und Listen machen. Ich selber kann gar nicht Auto fahren, ich fahre nur Zug. Ich fliege auch nicht in Europa, das interessiert niemanden. Da gehen Sie, Georg Merz,

auch wenn Sie uns unterstützen, doch sehr viel weiter als mein urliberales Postulat eigentlich fordert.

Gratisparkplätze habe ich schon einmal von Ihrer Seite gehört. Und steht hier irgendwo, dass man Steuergelder verteilt, damit man einen Tesla kaufen kann? Es steht hier, was hier steht. Das kann man, glaube ich, so stehen lassen. Das wird nicht abgeändert. Es wird kein Rappen an ein Luxus-Elektroauto gezahlt. Ihren Optimismus möchte ich wirklich haben. Ich sehe den Zustand der Umwelt doch ein bisschen kritischer. Und das ist doch ein Mini-Tropfen auf den heissen Stein. Die Zahl, die wir heute haben, ist absolut lächerlich. Mit der Unterstützung des Postulats machen wir es ein bisschen besser in die richtige Richtung.”

Simon Sepan (AL) stellt Antrag auf Namensaufruf.

Abstimmung Namensaufruf:

11 Ratsmitglieder entscheiden sich für Abstimmung unter Namensaufruf.

Schlussabstimmung

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit Stichentscheid des Präsidenten mit 17:16 Stimmen überwiesen.

**Traktandum 5 Interpellation Walter Hotz vom 22. März 2017:
Integration der Stadtplanung zum Hochbau**

Walter Hotz (SVP)

Begründung

”Gerne beginne ich mit ein paar Schlagwörtern:

Vorausdenken: Politik bedeutet für mich, vorausschauende Lösungen zu entwickeln und unsere Zukunft mitzugestalten. Die Welt um uns herum verändert sich. Wenn wir vorausdenken, können wir mitbestimmen, wie sich unsere Stadt verändern soll und was so bleiben soll, wie wir es schätzen.

Zuhören: Politik bedeutet für mich, verschiedene Blickwinkel und Meinungen einzubeziehen. Gute Lösungen sind nur möglich, wenn wir uns gegenseitig zuhören. Die sachorientierte und respektvolle Zusammenarbeit ist mir wichtiger als Parteipolitik oder Partikularinteressen.

Umdenken: Politik bedeutet für mich, fundierte und nachvollziehbare Entscheide treffen und diese konsequent umsetzen. Die Stadt Schaffhausen liegt mir am Herzen, und ich möchte mich dafür engagieren, dass unsere Stadt lebendig und lebenswert ist. Mein Ziel ist die nachhaltige Entwicklung. Das heisst, nicht auf Kosten künftiger Generationen leben, sondern Lebensgrundlagen sichern.

Wirtschaft: Gesunde Stadtfinanzen, langfristig ausgeglichenes Budget, Handlungsspielraum für nötige Investitionen.

Sie denken jetzt natürlich, was ist auch in den Hotz gefahren. Alles, was ich bis jetzt gesagt habe, habe ich abgeschrieben und zwar vom Wahlprospekt unserer Baureferentin Dr. Katrin Bernath. Es ist immer interessant, die Wahlversprechen von Politikern zu lesen und ein paar Monate später ihre tatsächliche Arbeitsweise zu beurteilen, wenn sie gewählt sind.

Sie hätten die Möglichkeit gehabt, SR Dr. Katrin Bernath, im Interesse einer leistungsfähigen und kostengünstigeren Verwaltung mit dem Abgang Ihres Stadtplaners und einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Hochbauämtern der Stadt und dem Kanton Zeichen zu setzen und insbesondere Ihre Wahlversprechen umzusetzen. Ihr Ziel hätte sein müssen, Funktionen in der Planungs- und der Administrativabteilung zusammenzulegen und den bisherigen Personalbestand zu reduzieren. Was haben Sie gemacht? Sofort ein Stelleninserat geschaltet, in dem Sie für die Stadtplanung eine Leiterin/einen Leiter gesucht haben. Sie haben nicht einen Gedanken daran verloren, wie Kosten eingespart werden könnten. Im Gegenteil, die Stabstelle Stadtplanung ist neu ein Bereich, das heisst der am 1. September neu eingetretene Stelleninhaber ist neu Bereichsleiter.

Somit haben wir in der Stadtverwaltung wieder einen Bereich mehr. Mir ist klar, dass Ihre beiden Vorgänger Peter Kämpfer und Dr. Raphaël Rohner versuchten, den Bereich zu reorganisieren. Die letzte Reorganisation fand vor drei oder vier Jahren statt. Nichtsdestotrotz wäre es möglich gewesen, ernsthaft, so wie Sie es den Wählern versprochen haben, über die Bücher zu gehen und nicht einfach den Weg des geringsten Widerstands einzuschlagen. Es ist geradezu ein Hohn, wenn ich die stadträtliche Mitteilung vom 2. August 2004 lese. Ich zitiere: *"Zurzeit laufen die Arbeiten für die Umsetzung der Reorganisation. Ziel dieser Arbeiten ist es, bis Ende Jahr die interne Gliederung der Bereiche (es waren damals deren 16) und die Organisation der Geschäftsabläufe für alle Bereiche möglichst wirkungs- und kundenorientiert festzulegen."* Ende Zitat.

Was dies auch immer heissen sollte. Fakt ist: Sie, SR Dr. Katrin Bernath, und Ihre Stadtratskollegen haben Angst und sind orientierungslos. Sie machen lieber nichts, als Falsches zu riskieren. Meine Interpellation wurde von Ihnen ignoriert und ist somit für die Katz gewesen."

SR Dr. Katrin Bernath

Stellungnahme Stadtrat

"Es freut mich, dass Sie meine Website oder meinen Wahlprospekt so genau studiert und hier öffentlich gemacht haben. Ich nehme im Namen des Stadtrates zu den Fragen der Interpellation Stellung und beginne mit ein paar einleitenden Bemerkungen. Vor vier Jahren wurde die Organisation im Baureferat überprüft und eine Reorganisation durchgeführt. In der neuen Organisationsstruktur wurde die Stadtplanung aus dem Hochbauamt heraus gelöst.

Damit wurde das Ziel verfolgt, die Stadtplanung angesichts der anstehenden städtebaulichen und raumplanerischen Herausforderungen zu stärken. Die Umsetzung des neuen Raumplanungsgesetzes auf kommunaler Ebene sowie zahlreiche private und öffentliche Arealentwicklungen sind Aufgaben der Stadtplanung, welche die Entwicklung der Stadt Schaffhausen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten prägen werden. Weiter wurde mit der Reorganisation angestrebt, Prozesse zu optimieren und die Dienstleistungen für die Schaffhauser Bevölkerung noch besser zu erbringen. Unter anderem beim neuen Standort am Kirchhofplatz.

Mit der Reorganisation wurde der Bereich Hochbau verstärkt operativ ausgerichtet. Er ist für die städtischen Hochbauten sowie für die Baubewilligungsprozesse zuständig und umfasst die drei Abteilungen "Planung und Bau", "Facility Management" sowie "Bau- und Feuerpolizei". Die Stadtplanung wurde als strategische Stelle gestärkt, die für Planungen auf verschiedenen Ebenen zuständig ist, von der Nutzungsplanung bis

zur Planung von Arealentwicklungen. Sie umfasst die Fachstellen Städtebau, Raumplanung, Umwelt und Energie sowie Lärm und GIS. Ob die Stadtplanung als Stabstelle oder als Bereich bezeichnet wird, hat keine Auswirkungen. Da kann ich Sie beruhigen.

Zum Vorwurf, dass wir die Stelle ohne zu überlegen ausgeschrieben haben, weise ich zurück. Wir haben sehr wohl geprüft, was wichtig ist, und dass wir auch schnell wieder eine Lösung haben, weil der Ausfall einer solchen Schlüsselposition bei der sehr dünnen Personaldecke, die wir haben, schon eine grosse Herausforderung darstellt. *Ist der Stadtrat bereit, eine Reorganisation des Baureferats mit dem Ziel, die Stadtplanung in den Hochbau zu integrieren, und zwar mit Reduktion des Personalbestandes?*

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die bei der Reorganisation vor vier Jahren leitenden Ziele immer noch gültig sind und eine erneute Reorganisation des Baureferats nicht zielführend ist. Die Reorganisation per 1. Januar 2014 erfolgte innerhalb des bestehenden Stellenetats. Bei jeder personellen Veränderung wird der Bedarf zur Wiederbesetzung einer Stelle geprüft. Eine generelle Reduktion des Personalbestandes ist aber angesichts der umfassenden Aufgaben des Hochbauamts und der Stadtplanung nicht angezeigt, da dadurch für die Stadt wichtige Projekte verzögert würden, so zum Beispiel die Überarbeitung von Zonenplan und Bauordnung, die Vergabe von städtischen Grundstücken gemäss Wohnraumstrategie, die Entwicklung der städtischen Liegenschaften im Stadthausgeviert, Kammgarnareal, Kirchhofplatz, aber auch Sanierungen von Schulhäusern, Alterszentren et cetera.

2. Könnte sich der Stadtrat auch eine Zusammenarbeit zwischen den Hochbauämtern der Stadt und dem Kanton vorstellen? Wie schätzt der Stadtrat die Vorteile in folgenden Bereichen ein?

a. Synergien, Einsparungspotenzial

Der Stadtrat befürwortet die Zusammenarbeit von städtischen und kantonalen Stellen. Die Synergien bei den Aufgaben der Hochbauämter schätzt der Stadtrat als gering ein, da ein grösseres Gebäudeportfolio nicht zwingend Einsparungspotenzial bei Sanierung, Unterhalt und Betrieb der Gebäude bietet. Eine intensive Zusammenarbeit findet zwischen der Stadtplanung und dem Raumplanungsamt statt. Auch auf der strategischen Ebene stehe ich als Baureferentin in einem regelmässigen Austausch mit dem Baudirektor. Diese Praxis haben wir von unseren Vorgängern übernommen.

b. Gemeinsame Strategie zur Entwicklung des öffentlichen Raums

Ich gehe davon aus, dass der Interpellant mit dem öffentlichen Raum diejenigen Räume meint, die für verschiedene Nutzungen der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Der Stadtrat hat im vergangenen Oktober eine Freiraumstrategie verabschiedet. Diese umfasst unter anderem die Ziele für die öffentlichen Frei- und Grünräume. Sie orientiert sich wie alle städtischen Strategien und Instrumente der Raumentwicklung an den nationalen und kantonalen Strategien und Vorgaben, wie beispielsweise dem kantonalen Richtplan. Es ist jedoch Aufgabe der Gemeinden, den Umfang und die Qualität der Freiräume für verschiedene Nutzungen festzulegen.

c. Gemeinsame Betreuung/Administration/Unterhalt/Weiterentwicklung des Liegenschaften-Portefeuilles von Stadt und Kanton

Für die Verwaltung, den Unterhalt und die Weiterentwicklung von Verwaltungsliegenschaften der Stadt ist das Hochbauamt mit den Abteilungen "Facility Management" sowie "Planung und Bau" zuständig. Für Liegenschaften des Finanzvermögens ist die Immobilien-Abteilung des Finanzreferates zuständig. Beim

Unterhalt der Liegenschaften arbeitet die städtische Immobilienverwaltung mit dem Hochbauamt zusammen. Bei übergeordneten Entwicklungen, wie zum Beispiel die Entwicklung ganzer Areale, ist die Stadtplanung federführend.

Bei Projekten und Investitionen zum Unterhalt der Liegenschaften macht eine Zusammenarbeit mit dem Kanton aus Sicht des Stadtrates wenig Sinn. Der jeweilige Eigentümer beziehungsweise die zuständigen politischen Gremien bei Stadt und Kanton entscheiden über Investitionen und Devestitionen im Kontext der jeweiligen Bedürfnisse und Möglichkeiten. Die möglichen Synergien sind aus Sicht des Stadtrates bei diesen Aufgaben geringer als der Mehraufwand durch die Verkomplizierung der Entscheidungswege.

Weiter ist zu berücksichtigen, dass die städtischen und die kantonalen Behörden unterschiedlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten haben. Dies gilt beispielsweise im Baubewilligungsverfahren. Eine Zusammenführung der beiden Hochbauämter ist für den Stadtrat aus diesen Gründen keine Option. Eine Zusammenarbeit mit dem Kanton erachten wir jedoch bei strategischen Fragen zur Weiterentwicklung von Liegenschaften sinnvoll, also bei übergeordneten planerischen Aufgaben sowie bei der Boden- und Ansiedlungspolitik. Dazu haben der Stadtrat und der Regierungsrat bereits Gespräche aufgenommen.

d. Gemeinsame Strategie für die Ansiedelung neuer Firmen

Die Wirtschaftsförderung, die für die Ansiedlung von neuen Firmen zuständig ist, arbeitet im Auftrag des Kantons und damit für alle Gemeinden. Die Stadt Schaffhausen hat selber jedoch keine entsprechende Stelle und arbeitet deshalb im Rahmen eines entsprechenden Mandats ebenfalls mit der Wirtschaftsförderung zusammen.

Der Stadtrat hat in den Legislaturzielen zum Ausdruck gebracht, dass die Bodenpolitik verstärkt als Instrument der Wirtschaftsförderung zu berücksichtigen ist. Die verfügbaren Landreserven sind knapp und sollen deshalb gezielt für wertschöpfungsstarke Nutzungen zur Verfügung gestellt werden. Dies ist auch im Interesse des Kantons und entsprechende Gespräche zwischen Stadt- und Regierungsrat sind wie bereits erwähnt im Gang.

Zum Schluss komme ich zum von Walter Hotz im letzten Satz seiner Interpellation geforderten Reorganisationskonzept: Die Organisation der Stadtverwaltung liegt in der Zuständigkeit des Stadtrates. Wie bereits einleitend erläutert, erachtet es der Stadtrat als nicht zielführend, bereits vier Jahre nach der letzten Reorganisation wieder eine solche zu veranlassen. Deshalb beantworte ich hier gerne die Fragen des Interpellanten, verzichte jedoch auf die Darlegung eines Reorganisationskonzeptes. Ich bitte auch um Verständnis darum, dass wir nicht die Beantwortung der Interpellation hier im Rat abwarten konnten. Ich bin glücklich, dass der neue Stadtplaner letzten Freitag bei uns beginnen konnte."

Jeanette Grüninger (SP)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

"Unsere Gedanken der SP/JUSO-Fraktion zur Interpellation "Integration der Stadtplanung zum Hochbau".

Fragen ist sinnvoll, und normalerweise kostet es nichts. Hinterfragen von Strukturen ist auch sinnvoll, um mit den angeregten Überlegungen zu neuen oder anderen Einsichten zu kommen. Walter Hotz fordert den Stadtrat auf, Überlegungen zur Integration der Stadtplanung in den Hochbau zu prüfen.

Die Stadtplanung ist ein eigenes Organ mit der Aufgabe, wie der Name schon sagt, die Stadt zu planen, in der Entwicklung zu fördern, Schwerpunkte in der Quartierbewirtschaftung zu erarbeiten und die Weitsicht für ein gesundes Wachstum der Stadt zu behalten. Das hat uns schon unsere Stadträtin erklärt.

Dasselbe beim Hochbauamt: Es hat andere Pflichten, ist mit anderen Aufgaben betraut, arbeitet projektbezogen in der städtischen Infrastruktur, in der Betreuung von Sanierungen und der Bewirtschaftung von Hochbauten.

Die Abteilungen zusammenzuführen, ist aus dieser Sicht nicht zwingend notwendig. Es kann dann interessant werden, wenn das Baureferat und die Immobilienverwaltung eingeschlossen werden, als so genanntes Kompetenzzentrum Bau. Effizienz und Einsparungen als Motivator für Reorganisationen sind selten positiv. Im Moment sind die verschiedenen Abteilungen auf diverse Standorte verteilt. Für Synergien und Weiterentwicklungen kann aber auch Distanz förderlich sein. Soweit zu unserer Ansicht."

Till Hardmeier (JFSH)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Für mich muss die Planungsseite mit dem Operativen zusammenpassen, das heisst sowohl die Ausführung von Projekten als auch das Tagesgeschäft müssen zusammenpassen. Für mich hat dies in der Vergangenheit nicht gut gestimmt, weil weder beide Bereiche das Gleiche wollten noch zusammengearbeitet haben. Auf Stufe Stadtrat wurde viel zu wenig geführt.

Gleichzeitig habe ich das Gefühl, die Stadtplanung plane zu viel. Man hat zum Beispiel auf der Breite drei Testplanungen in Auftrag gegeben. Dort hat auch schon Baureferent Käppler etwas geplant, das man in den Abfallkübel werfen konnte. Wir haben uns bisher nie dazu äussern können, was wir eigentlich wollen. Das kostet jedes Mal viel Geld, und die Frage ist, wozu plant man Dinge, die man nachher nicht abwickeln kann?

Auch im Budget 2018 sehe ich Positionen für fast eine Million: Kirchhof, Mühlenen, Ortsplanung Gaswerk und so weiter. Das ist viel Geld. Auch hier haben wir uns noch nie dazu geäussert, was wir überhaupt an diesen Orten entwickeln wollen.

Der Hochbau kommt nicht nach mit der Abwicklung, und das ist auch ein grosses Problem unserer Stadt. Wir ziehen Steuern von den Einwohnern ein, die wir nachher nicht einsetzen. Da könnte man locker drei Prozent Steuern senken, wenn man Projekte so planen würde, dass man sie auch abwickeln könnte.

Also, es gibt verschiedene Bereiche, wo etwas geschehen muss. Mit der Neueinstellung sind jetzt gewisse Türen verschlossen, aber es muss trotzdem etwas passieren."

René Schmidt (GLP)

ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

"Wir stehen vor einer wichtigen Frage, nämlich wie sich die Stadt baulich entwickeln soll, wie sie weiterkommt und der Bevölkerung dient.

Wir haben gehört, dass es im Hochbau viele offene Probleme gibt, die es zu lösen gilt. Wir müssen nicht über Probleme sprechen, sondern diese lösen. Und hier wurde ein Weg gefunden, der im Moment noch auf den bewährten Schienen des Vorgängers im Baureferat aufgebaut ist. Wir sollten uns jetzt nicht mit einer Umorganisation

beschäftigen. Sicher könnten wir jetzt zwei bis drei Jahre umorganisieren, nichts machen und weitere Ruinen in der Stadt entstehen lassen. Ich weiss allerdings nicht, ob dies eine Lösung wäre, die Ihnen gefallen würde.

Wir könnten mit einer Immobilienstrategie überlegen, wie wir unsere Immobilien in der Zukunft nutzen wollen und darüber nachdenken, wie wir für das Finanz- und Verwaltungsvermögen eine Art neues Gefäss finden können. Dies sind ja im Moment noch zwei Gefässe. Das Finanzvermögen ist im Finanzreferat und das Verwaltungsvermögen im Baureferat.

Es ist meines Erachtens viel wichtiger, uns um die Sache und nicht um die Polemik zu kümmern.

Die Betrachtungsweise von Walter Hotz hat meiner Meinung nach wenig Inhalt. Es ist Polemik. Es ist eine Polemik, die darauf zielt, eine gut aufgestellte Stadträtin zu diskreditieren. Ich bin überzeugt, dass Sie jetzt ein Eigengol geschossen haben, denn der Stimmbürger interessiert sich nicht für Strukturen, sondern für Leistungen: Was entsteht, was wird gemacht, welchen Nutzen haben Jung und Alt davon, welche Schulhäuser und Altersheime gibt es und wie wird alles unterhalten. Das interessiert die Stimmbürger. Und nicht, ob jetzt das Amt so oder anders aussieht. Natürlich kann man immer wieder Strukturen optimieren, dagegen habe ich auch nichts einzuwenden.

Zur Frage von offenen Stellen: Ich bin froh, wenn wir in der Stadt offene Stellen schliessen. Jede offene Stelle hinterlässt eine Lücke. Und wollen wir eine Stadt mit vielen Lücken? Nein, wir wollen eine Stadt, die vorwärts kommt und die wichtigen Aufgaben löst. Ich will anpacken und nicht Löcher in der Bauplanung planen. Das ist ein falscher Ansatz.

Der Stadtrat steht in der Verantwortung, die bauliche Entwicklung im Interesse der Bevölkerung vorwärts zu bewegen und die Bedürfnisse von Jung und Alt aufzunehmen. Nur das ist wirklich wichtig. Überlegungen zu den Strukturen können wir selbstverständlich machen – aber sie müssen in einer positiven Atmosphäre stattfinden. Walter Hotz, ich bitte Sie, mit Ihrem grossen Analysevermögen positive Vorschläge einzubringen und nicht einfach Fehler zu suchen und diese in Ihrer bekannt polemischen Art einzubringen.

Ich glaube, wenn wir miteinander vorwärts kommen und Lösungen suchen wollen, erweisen wir unserer Stadt einen grossen Dienst. Und das ist Ihre, unsere und auch Sache des Stadtrats. Dies ist die gemeinsame Basis, die ich hier vorstelle."

Hermann Schlatter (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

"Nach diesen salbungsvollen Worten von René Schmidt haben Sie mich jetzt herausgefordert. Ich weiss nicht, wo Sie wohnen und verkehren. Sie sprechen vom bewährten Weg, man solle investieren in Schaffhausen, Investoren anlocken, damit diese in Schaffhausen investieren. Aber es ist so, dass wir in Schaffhausen im Moment überhaupt nicht planungsfreundlich sind. Und ich habe von mehreren Investoren gehört, dass grosse Gesellschaften teilweise Mühe haben, nach Schaffhausen zu kommen. Weil man alles, was eingegeben wird, hinterfragt und neue Lösungen verlangt. Man sucht das Haar in der Suppe, anstatt gemeinsam mit den Investoren gangbare Lösungen zu suchen.

Und die kurzen Wege, die wir immer in Schaffhausen erwähnen, sind schon lange

nicht mehr kurz. Ich hoffe sehr, dass es dem neuen Stadtplaner gelingt, eine Verbesserung anzubringen. Diese wäre dringend nötig, und dann haben wir auch wieder Investoren. ”

SR Dr. Katrin Bernath**Stellungnahme Stadtrat**

”Wenn ich schon die Gelegenheit habe, möchte ich zu einigen Punkten kurz Stellung nehmen: Einerseits zu Till Hardmeier, der das Thema Zusammenarbeit angesprochen hat. Ich möchte betonen, dass mir diese sehr wichtig ist. Die Zusammenarbeit ist unabhängig von der Organisation etwas sehr Wichtiges, an dem wir auch arbeiten. Es ist aber nicht so, dass Planung und Ausführung von Projekten am gleichen Ort stattfinden. Die Amtsführung ist beim Hochbauamt. Die Planung bei der Stadtplanung betrifft andere Projekte. Es ist sehr wichtig, dass wir planen. Es geht darum, Vorstellungen zu entwickeln, wie sich unsere Stadt entwickeln soll. Die in früheren Jahren erarbeiteten Planungen sind keineswegs im Abfalleimer gelandet, beispielsweise in Bezug auf die Breite, sondern sind eine wichtige Grundlage für den nächsten Schritt zu verbindlichen Rahmenbedingungen. Wir müssen genau festlegen, was von der baulichen Entwicklung her überhaupt möglich ist und was nicht, sei es auf der Breite oder in anderen Arealen.

Solche Projekte und Prozesse werden übrigens auch erfolgreich zusammen mit privaten Investoren ausgeführt. Eine lösungssuchende und konstruktive Zusammenarbeit ist wichtig, und das Thema, dass Schaffhausen teilweise den Ruf hat, es sei schwierig zu investieren, sehen wir auch, weil es viele Einsprachen gibt. Das Ziel muss sein, dass wir von der Stadt zusammen mit den Investoren Projekte haben, die auch juristisch gut begründet sind und umgesetzt werden können.

Thema Umsetzung von Projekten: Es ist in unserem gemeinsamen Interesse, die geplanten Projekte umzusetzen. Ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern, dass sich unsere Mitarbeitenden täglich mit viel Engagement dafür einsetzen, und wir unter anderem auch mit einer auf die personellen Ressourcen abgestimmten und realistischen Planung dazu beitragen, die für unsere Stadt wichtigen Projekte umzusetzen. Es sind verschiedene Gründe dafür verantwortlich, dass Verzögerungen entstehen können. Wir legen schon bei der Planung grossen Wert darauf, diese Gründe zu berücksichtigen. Aber es ist auch eine Tatsache, dass es immer Gründe gibt, die man nicht voraussehen kann. Dessen müssen wir uns bewusst sein.

Aber diese impliziten Vorwürfe, dass sich die Mitarbeitenden zu wenig oder nicht gut genug einsetzen, möchte ich an dieser Stelle zurückweisen.”

Walter Hotz (SVP)**Schlusswort**

”Es hat mich gefreut, dass Stadträtin Dr. Katrin Bernath Freude gehabt hat, dass ich aus ihrem Wahlprospekt zitiert habe. Alles, was ich gesagt und kritisiert habe, lasse ich stehen. Ich danke Herrmann Schlatter und Till Hardmeier, vor allem aber auch Hermann Schlatter. Für Investoren ist es in der Stadt Schaffhausen zurzeit sehr schwierig. Dazu könnte Ihnen auch Markus Leu einige Geschichten erzählen.

Dann zu René Schmidt: Leider muss ich Ihnen sagen, dass man merkt, dass Sie noch nie in der Privatwirtschaft tätig waren. ”

Das Geschäft ist erledigt.

Schlussmitteilungen des Ratspräsidenten:

Neu eingegangene Geschäfte:

- Postulat von Georg Merz vom 5. September 2017: Postulat für eine bessere Begehbarkeit der Fussgängerzone für Menschen mit Einschränkungen
- Postulat von Christian Ulmer vom 5. September 2017: Autofreie Pausenplätze

Die Ratssitzung vom 19. September 2017 fällt mangels verhandlungsbereiter Geschäfte aus.

Der Ratsausflug findet am Dienstag, 26. September 2017, statt.

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 31. Oktober 2017, um 18 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:36 Uhr.

Gabriele Behring

Veronika Michel

Ratssekretärin

Protokollführerin